



CDU - HH REGIERUNG PROGRAMM

Vorwort

des Bürgermeisterkandidaten Ole von Beust

Liebe Hamburgerinnen,
liebe Hamburger,

21.4.2001

wir leben in einer Stadt, um die uns Viele beneiden. Hamburg ist eine Weltstadt mit schönen und liebenswerten Stadtteilen. Trotzdem:

Hamburg verspielt durch eine falsche Politik seinen Vorteil. Ständig wachsende Gewaltkriminalität, katastrophale Verkehrsverhältnisse und schlechte Bildungschancen gefährden die Zukunft unserer Stadt.

Ich will das nicht länger hinnehmen. Unser Regierungsprogramm zeigt Ihnen, was wir ändern werden, damit unsere Stadt attraktiv, stark und menschlich bleibt für alle Bürgerinnen und Bürger, für Investoren, junge Menschen und sozial Schwache. Wir wollen eine lebendige Metropole, in der jeder seine Chance erhält und nicht das Parteibuch regiert. Das vorliegende Regierungsprogramm zeigt Ihnen auch, wie wir unsere Ideen verwirklichen werden. Denn: Ich will nur versprechen, was ich auch halten kann.

Hamburg braucht den Wechsel. Nur mit einer starken CDU können endlich die Veränderungen gelingen, die seit langem notwendig sind. Wir werden handeln und durchgreifen, anstatt zuzuschauen und abzuwarten. Unterstützen Sie uns dabei und lassen Sie uns gemeinsam diesen Wechsel herbeiführen.

Ole von Beust

Sicheres Hamburg

Unverzichtbare Kernaufgabe des Staates ist es, die Schwachen vor Gefahren zu schützen und ihnen zu helfen. Erst das Recht sichert den Menschen die Freiheit. Es sind diese Grundelemente, die dem Staat überhaupt erst seine Existenzberechtigung geben. Die Schwachen können sich Sicherheit nicht kaufen, besonders sie brauchen den starken Staat, der Kriminalität wirksam bekämpft und Straftäter konsequent verfolgt. Die Menschen erwarten zudem einen gerechten Staat, der rechtsfreie Räume nirgendwo duldet, Rechtsbrecher nicht auch noch belohnt und zügig Recht spricht. Diesem Anspruch wird Hamburg nicht gerecht. Mit 284.272 Straftaten im letzten Jahr ist Hamburg Hochburg der Kriminalität und Hauptstadt bei den Raubüberfällen. Wenn allerdings nur 43,42 % der Straftaten im vergangenen Jahr aufgeklärt wurden, haben die Menschen das Gefühl, dass sich in Hamburg Verbrechen lohnt und sie nicht ausreichend geschützt werden. Zudem müssen Rechtsuchende, die sich in Hamburg an Gerichte wenden, zu lange – z. B. bei den Sozialgerichten durchschnittlich über zwei Jahre – auf ein Urteil warten. Eine Umkehr ist dringend notwendig. Nur so gewinnt Hamburg das Vertrauen seiner Bürger zurück und das der Geschäftsleute, Kunden und Touristen.

Mehr Personal bei der Vollzugspolizei

Hamburg hat bundesweit eine der höchsten Kriminalitätsraten. Dennoch verringerte der Senat seit 1994 den Personalbestand bei der Vollzugspolizei um ca. 800 Stellen. Statt Kriminalität wirksamer zu bekämpfen wird in vielen Bereichen der Polizeiarbeit seit Jahren nur noch der Mangel verwaltet. Besonders betroffen von der Personalknappheit ist die örtliche Ebene, auf der Straftaten nicht ausreichend verfolgt werden.

Wir werden in einem ersten Schritt 400 neue Stellen für den Polizeivollzugsdienst schaffen, um die Polizei personell wieder in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben bei der Kriminalitätsbekämpfung zu erfüllen.

Verbesserung der Polizeipräsenz

Polizeipräsenz und Bürgernähe können nur durch dezentrale Polizeireviere, Außenstellen und Polizeiposten gewährleistet werden. Am wichtigsten dabei sind vor Ort arbeitende Polizisten, die sich in der sozialen Struktur ihres Gebietes auskennen und schnell am Einsatzort sind. Wo in unserem Stadtgebiet bürgernahes und schnelles Eingreifen der Polizei nicht ausreichend gewährleistet ist, muss Polizeiarbeit dezentralisiert werden.

3

Völlig unterversorgte Gebiete sind z. B. Eidelstedt, für das die Wache in Stellingen zuständig ist, Lurup und der Innenstadtbereich.

Wir werden in Eidelstedt ein Polizeirevier, in Lurup eine Polizeidienststelle (Außenstelle) und die Polizeidienststelle 13 (Außenstelle Hohe Bleichen) wieder als Polizeirevier mit der üblichen Personalausstattung einrichten.

Einführung von Videoüberwachung an gefährlichen Orten

Bestimmte Straftaten wie z. B. Raubdelikte und der Drogenhandel werden in Hamburg häufig immer wieder an den gleichen Orten verübt, z. B. in Bahnhöfen, in Fußgängerpassagen, Tunnels und Parkanlagen. Die Polizei ist oftmals nicht dazu in der Lage, die Täter zu überführen, weil die Taten sehr professionell und mit großer Schnelligkeit verübt werden.

Wir wollen den offenen Einsatz von Videoüberwachungsmaßnahmen an Kriminalitätsschwerpunkten im öffentlichen Raum. Mit Hilfe der Kameras kann Prävention verstärkt, die Kriminalität reduziert und die Aufklärung von Straftaten gesteigert werden.

Einführung der Schleierfahndung zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Ein grenzenloses Europa lässt die international verflochtene Kriminalität rasch anwachsen. Dies gilt insbesondere für die Organisierte Kriminalität in den Bereichen Rauschgifthandel, illegale Einreise und Schlepperunwesen, Kfz-Verschiebung und im Waffen- und Sprengstoffschmuggel. Hamburg als Hafenstadt und Autobahndrehkreuz für den Osten Europas spürt diese Entwicklung besonders. Die meisten Bundesländer bekämpfen die Organisierte Kriminalität bereits mittels der Schleierfahndung, Hamburg aber nicht. Dabei können durch den Einsatz der Schleierfahndung, losgelöst von den deutschen Außengrenzen im Inland, verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchgeführt werden. Die Polizeibeamten dürfen eine Identitätsfeststellung vornehmen, ohne dass eine akute Gefahr oder der Verdacht einer Straftat erforderlich ist.

Wir werden die verdachts- und ereignisunabhängige Kontrolle einführen und so die Organisierte Kriminalität wirksamer bekämpfen.

Konsequente Abschiebung ausländischer Straftäter

Die Strafgerichte müssen sich zunehmend mit Anklagen gegen Ausländer befassen. In den Hamburger Strafvollzugsanstalten ist der Ausländeranteil in den geschlossenen Anstalten überproportional hoch, in einigen Vollzugsanstalten liegt er weit über 40 %. Mit

einer konsequenten Anwendung der bestehenden Regelungen können sowohl die Strafgerichte als auch der Strafvollzug entlastet werden.

Wir wollen, dass für diese Personengruppe die zahlreich bestehenden Möglichkeiten, von Strafverfahren und Strafvollzug in Deutschland abzusehen, wenn Auslieferung, Ausweisung oder Strafvollstreckung im Heimatland erfolgen kann, stärker als bisher genutzt werden.

Wiederholungstaten von Triebtätern verhindern – Maßregelvollzug in Hamburg verschärfen

Immer wieder begehen Sexualstraftäter, die im Maßregelvollzug ihre Strafe absitzen, furchtbare Gewaltverbrechen. Die Möglichkeit für ihre neuen Taten erhalten die Täter durch bewilligte Vollzugslockerungen wie Außenbeschäftigung, Freigang und Ausführungen. Auch kann Urlaub gewährt werden. Verantwortlich für eine derartige Entscheidung ist der Leiter der Einrichtung, dem in Hamburg im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine detaillierten Entscheidungskriterien vorgeschrieben werden. Die Staatsanwaltschaft mit ihren Detailkenntnissen über den Täter aufgrund des Strafverfahrens muss nicht zustimmen.

Wir werden dafür sorgen, dass für die Gewährung von Vollzugslockerung bei Triebtätern erheblich strengere Anforderungen gestellt werden.

Gewalt gegen Frauen eindämmen

Noch immer sind neben Kindern vorwiegend Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Um dieser auszuweichen, sind die Frauen oftmals gezwungen, in Frauenhäuser zu flüchten.

Wir wollen, dass Kinder bereits in der Schule lernen, Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Den Frauen selbst werden wir dadurch helfen, dass sie die Möglichkeit erhalten, bei häuslicher Gewalt in der Wohnung zu verbleiben und damit nicht länger auf die Flucht in Frauenhäuser angewiesen sind. Wir werden dafür sorgen, dass die Gewalttäter sofort und dauerhaft aus der Wohnung verwiesen werden.

Keine Duldung von rechtsfreien Räumen

Einer der größten politischen Fehler des Senats ist die Tolerierung von rechtsfreien Räumen in Hamburg. Sowohl die Duldung bei der Besetzung der Hafestraßenhäuser in den 80er-Jahren als auch die Handlungsunfähigkeit bei der Besetzung der Roten Flora im Schanzenviertel belohnt die Gewalttäter und verhöhnt die rechtstreuen, steuerzahlenden

5

Hamburger. Mit dem Verkauf der Roten Flora versucht der Senat, sich des Problems zu entledigen. Eine Privatisierung wird aber die Gewaltbereitschaft nicht verringern. Wir wollen, dass die Rote Flora sofort geräumt und abgerissen wird. Das Gelände wird einer neuen Nutzung zugeführt, um die Attraktivität des Schanzenviertels als Wohn- und Geschäftsviertel zu steigern. Mit uns wird es keine Duldung von rechtsfreien Räumen in Hamburg mehr geben.

Für ein sauberes Hamburg – aktiver Kampf gegen Graffiti

Neben der allgemeinen Verwahrlosung der Stadt durch Müll in Parks und auf öffentlichen Wegen ist Graffiti die häufigste Form des Vandalismus in Hamburg. Meist jugendliche Verursacher verunstalten wahllos öffentliche und private Gebäude. Das wirksamste Mittel beim Kampf gegen Graffiti-Sprayer ist eine intensive Kontrolle der gefährdeten Stadtteile und die sofortige Beseitigung der Schmierereien, vorrangig durch die Straftäter selbst, sowie eine wirksame Verfolgung und Bestrafung der Täter.

Dieses werden wir mit Einsatzgruppen vor Ort sicherstellen. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Verunstaltungen durch Graffiti immer als Sachbeschädigung und damit als Straftat geahndet werden. In Hamburg werden wir bis dahin einen eigenen Ordnungswidrigkeitstatbestand mit Geldbuße einführen.

Mehr Personal bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Schutz durch den Rechtsstaat verlangt effektive Verfolgung und Verurteilung von Straftätern und zügige Erledigung von Streitigkeiten. Nur zügig durchgesetztes Recht ist gutes Recht. Trotz aller erforderlichen Sparmaßnahmen darf das Vertrauen des Bürgers in den rechtssichernden Staat nicht untergraben werden. Während die Zahl der Klagen und der Rechtsanwälte immer weiter zunimmt, wird bei den Gerichten gespart. Am Oberlandesgericht wurden seit 1990 zwei ganze Senate (6 Richterstellen) gekürzt. Bei den ordentlichen Gerichten sind in den letzten sechs Jahren 123 Stellen gestrichen worden. Im Bereich der Strafrechtspflege wurden seit 1995 am Landgericht 32 Stellen eingespart. Diese Maßnahmen haben in allen Bereichen der Rechtspflege zu längeren Verfahren geführt.

Wir werden dafür sorgen, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften wieder in die Lage versetzt werden, zeitnahe Urteile herbeizuführen. Dafür werden wir das Personalbudget bei der Zivilgerichtsbarkeit erhöhen, beim Hanseatischen Oberlandesgericht die zwei gestrichenen Senate wieder besetzen und bei den Hamburger Strafgerichten neue Richterstellen schaffen.

Kürzere Verfahren durch Beschleunigung

Jeder Bürger hat das Recht, dass über sein Anliegen oder seine Schuld in einer angemessenen Frist entschieden wird. Ein Urteil, das erst Jahre nach der Tat ergeht, büßt gegenüber der Öffentlichkeit wie auch gegenüber den beteiligten Personen stark an Wirkung ein. Neben erheblicher Verfahrenslänge bei den Land- und Sozialgerichten dauern in Hamburg die Strafverfahren zu lange. Dies erweist sich gerade beim Jugendstrafrecht als großer Fehler. Insbesondere hier muss der Grundsatz „die Strafe folgt der Tat auf dem Fuße“ gelten.

Wir werden in einem ersten Schritt durch organisatorische Maßnahmen dafür sorgen, dass Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte eng miteinander kooperieren. Des Weiteren werden wir die Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung durch die stärkere Nutzung des extra beschleunigten Verfahrens und der Hauptverhandlungshaft stärker ausschöpfen.

Die Anwendung des Jugendstrafrechts muss bei 18 – 21-jährigen die Ausnahme werden

Das Jugendgerichtsgesetz regelt, dass in bestimmten Fällen auf Heranwachsende (18 – 21-jährige) ausnahmsweise das Jugendstrafrecht angewendet wird. Die Hamburger Jugendrichter haben aus der Ausnahme eine Regel gemacht und verurteilen die meisten Heranwachsenden (90 %) nach dem milderen Jugendstrafrecht.

Wir werden dafür sorgen, dass das Erwachsenenstrafrecht für alle Täter ab 18 angewendet wird, es sei denn, durch ein psychiatrisches Gutachten wird nachgewiesen, dass der Täter in seiner sittlichen und geistigen Entwicklung auf dem Stand eines Minderjährigen zurückgeblieben ist. Dafür werden wir auf Bundesebene auf eine Präzisierung des Jugendgerichtsgesetzes hinwirken.

Gesicherte Unterbringung für jugendliche Straftäter

Über 200 Jugendliche und Heranwachsende im Alter zwischen 14 und 21 Jahren sind in Hamburg als so genannte Intensivtäter registriert, die wiederholt bei Delikten der Rauschgift- und Gewaltkriminalität oder bei einer Sachbeschädigung oder Leistungserschleichung aufgegriffen wurden. Der Hamburger Senat versuchte in der Vergangenheit vergeblich, diese Jugendlichen durch erlebnispädagogische Reisen von weiteren Straftaten abzubringen.

7

Wir werden für diesen Personenkreis eine gesicherte Unterbringung schaffen, in der die Jugendlichen sozialpädagogisch intensiv betreut werden.

Konsequente Nutzung des Jugendstrafrechts

Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität ist der Jugendarrest ein wirksames Mittel, wenn er konsequent eingesetzt wird. Durch die zwar kurze aber doch spürbare Strafe, die der Tat auf dem Fuße folgt, wird dem Jugendlichen das begangene Unrecht eindringlich vor Augen geführt. Hamburg verzichtet als einziges Bundesland auf die Möglichkeit der zwangsweisen Vorführung von Jugendlichen, die zum Jugendarrest verurteilt wurden, aber nicht erscheinen. Damit sitzt nur der Jugendliche seinen Arrest ab, der auch freiwillig erscheint.

Wir wollen den Jugendlichen frühzeitig ihr Unrecht vor Augen führen und werden dafür sorgen, dass die zum Jugendarrest verurteilten Jugendlichen notfalls zwangsweise zum Arrestantritt vorgeführt werden.

Investitionen in die Bildung

Die Menschen, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse sind das wichtigste Gut der heutigen Wissensgesellschaft. Dieses gilt es zu sichern und auszubauen. Das gelingt jedoch nur, wenn auf der Basis klarer Leistungsstandards und Effizienzkriterien in die Bildung investiert wird – in Schulen und Hochschulen. In Hamburg wurde stattdessen die Bildung als finanzieller Steinbruch missbraucht. Seit 1997 sind bei den Hamburger Schulen trotz stetig steigender Schülerzahlen 36,3 Millionen DM eingespart worden. Die Folgen sind eine deutliche Verschlechterung des Unterrichts und demotivierte Lehrerinnen und Lehrer. Bei der Universität wurde seit 1995 der Sachmittelaufwand um 10 % (10 Millionen DM) gekürzt, jedes Jahr dürfen Stellen im Umfang von 15 Millionen DM nicht besetzt werden, jede zweite frei werdende Stelle wird gestrichen, ganze Fächer sind inzwischen verschwunden. Den anderen Hochschulen geht es nicht besser. Hamburg muss endlich dem Beispiel der süddeutschen Bundesländer folgen und in die Bildung investieren, sonst droht der Anschluss gänzlich verloren zu gehen.

Unterrichtsgarantie durch 450 zusätzliche Lehrer

Woche für Woche fallen in Hamburg fast 10.000 Unterrichtsstunden ersatzlos aus. Weitere 13.200 Stunden werden vertreten. Insbesondere in der Grundschule werden dafür Teilungs- und Förderstunden gestrichen, Klassen zusammengelegt und Eltern oder

8

hierfür nicht ausgebildete Hilfskräfte eingesetzt, um die Verlässlichkeit der Unterrichtserteilung zu gewährleisten.

Wir werden garantieren, dass die Schülerinnen und Schüler den Unterricht erhalten, der ihnen in ihrer Schulform und Schulstufe zusteht. Um diese Unterrichtsgarantie zu erfüllen, werden wir eine zusätzliche Vertretungsreserve von 250 Lehrerstellen einrichten. Allein im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Schüler im laufenden Schuljahr um 2.512 gestiegen. Gleichzeitig wurden im selben Zeitraum 121 Lehrerstellen gestrichen. Bis zum Jahr 2005 wird die Anzahl der Schüler um weitere 5.745 ansteigen. Die Qualität der schulischen Ausbildung nimmt unter diesen Bedingungen stetig ab.

Zur Versorgung zusätzlicher Schüler und Sicherung der Qualität werden wir deshalb jährlich 200 neue Lehrerstellen schaffen.

Bildung und Erziehung

In allen Schulformen und Schulstufen müssen die Schülerinnen und Schüler eine ethische Grundorientierung erfahren, die sie befähigt, sich an Werten und Normen zu orientieren, die Würde anderer Menschen zu achten und danach zu handeln.

Wir werden mit allen Verantwortlichen in den Schulen der Einheit von Unterricht und Erziehung wieder besondere Beachtung schenken, damit Schule ihren Teil zur Entwicklung der Persönlichkeit leisten kann.

Ausbau des Ganztagschulangebotes

Die steigende Anzahl allein erziehender Mütter und Väter und die zunehmende Berufstätigkeit beider Elternteile haben die Nachfrage nach schulischen Ganztagsangeboten verstärkt. Viele sozial problematische Stadtteile in Hamburg, die auf ein Ganztagschulangebot angewiesen sind, sind nicht ausreichend versorgt.

Wir werden deshalb die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, indem wir den bedarfsorientierten Ausbau von Ganztagschulen, die allen Schülern als Angebot zur Verfügung stehen, zügig vorantreiben. Bei Umwandlungen in Ganztagschulen streben wir eine Vernetzung mit den bestehenden Einrichtungen im Stadtteil an. Sozial benachteiligte Stadtteile werden wir bei dem Ausbau des Angebots vorrangig berücksichtigen.

Hauptschulen stark machen

9

Die steigende Anzahl von Schulabgängern ohne Abschluss (12,9 % im Jahr 2000) zeigt, dass es immer weniger gelingt, zunehmend schwierige Kinder und Jugendliche angemessen zu fördern.

Damit Hauptschüler einen Schulabschluss erreichen können, mit dem sie den Anforderungen einer Berufsausbildung gewachsen sind, werden wir die Hauptschule deutlich stärken. Wir werden ihr eigene, praxisorientierte Bildungspläne geben, Teilungs- und Beratungslehrerstunden erhöhen und Sozialarbeiter einbeziehen. Unsere Ziele sind sichere Grundkenntnisse in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und die Förderung der sozialen Kompetenz. Für besonders lernschwache Jugendliche werden wir in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft niedrigschwellige Ausbildungsangebote mit verkürzten Ausbildungszeiten entwickeln, die zum Einstieg in eine anerkannte Berufsausbildung führen.

Vernachlässigung der Realschulen beenden

Der qualifizierte Realschulabschluss hat bundesweit in der dualen Berufsausbildung den höchsten Stellenwert. Hamburg vernachlässigt die Realschule, die auf direktem Wege zu diesem Abschluss führt, sträflich. Hamburger Firmen suchen sich für anspruchsvolle Ausbildungsgänge gute Realschulabsolventen verstärkt aus dem Umland.

Wir werden – zunächst mit einem Schulversuch – eine sechsjährige Realschule entwickeln, die in einem geschlossenen Bildungsgang ein anspruchsvolles Anforderungs- und Leistungsprofil praktiziert. Sie wird ab Klasse 7 mit differenzierten Wahlpflichtangeboten auf viele berufliche Möglichkeiten vorbereiten. Mit landesweit vergleichbaren Anforderungen in den Abschlussverfahren werden wir die Qualität des Realschulabschlusses sichern.

Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur

Der Senat weigert sich nach wie vor, eine generelle Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur einzuführen. Hamburger Abiturientinnen und Abiturienten geraten damit im Vergleich zu anderen ins Hintertreffen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit wird national und international gefährdet.

Wir werden daher die Schulzeit bis zum Abitur flächendeckend auf 12 Jahre verkürzen. Gleichzeitig werden wir nach dem Vorbild von Baden-Württemberg die Oberstufe umfassend reformieren, um die Grundlagenvermittlung zu stärken und die Leistungsanforderungen durch eine verbindliche Fächerkombination und zentrale Prüfungselemente landesweit deutlich vergleichbarer zu machen. Dadurch werden wir die

Studierfähigkeit der Hamburger Abiturienten verbessern und ihrem Abschluss wieder zu bundesweiter Anerkennung verhelfen.

Neugestaltung der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schulen

Die Übergangsquote von der Grundschule in das Gymnasium beträgt 45 %. Die hohe Zahl derer, die das Gymnasium jedoch vorzeitig wieder verlassen müssen (15 – 20 %), macht deutlich, dass zu viele Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse die für sie falsche Schulform gewählt haben.

Um Versagensängste und Misserfolgserlebnisse zu vermeiden, werden wir u. a. durch landesweite Vergleichsarbeiten und einen Lehreraustausch zwischen den Grundschulen und den weiterführenden Schulen dafür sorgen, dass Lehrer künftig über eine bessere Basis für die Grundschulempfehlungen verfügen. Bei nicht vorliegender Gymnasialempfehlung entscheidet zukünftig die Klassenkonferenz am Ende der 5. Klasse über den Verbleib einer Schülerin oder eines Schülers am Gymnasium oder den Wechsel in die Haupt- oder Realschule.

Bessere Qualifizierung von Schulabgängern

In Hamburg gibt es immer noch eine hohe Zahl von Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Gleichzeitig ist in den vergangenen fünf Jahren der Anteil Jugendlicher aus dem Umland, die in Hamburg eine Berufsausbildung begonnen haben, von 25 auf 34 % gestiegen. Damit verschlechtern sich die Bedingungen der Hamburger Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt weiter.

Dieser Entwicklung werden wir durch bessere und bedarfsspezifischere Qualifizierung der Hamburger Schulabgänger entgegensteuern. Unsere Ziele sind die Beherrschung der Grundkenntnisse in den Kernfächern Deutsch und Mathematik und die Förderung der sozialen Kompetenz aller Absolventen, um ihnen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Diesen Zielen dient auch die Stärkung der praktischen Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler.

Ausbildungsangebot für lernschwache Jugendliche

12,9 % der Schulabgänger verlassen die Schule jedes Jahr ohne Abschluss. Die Zahl derjenigen, die mit den Anforderungen einer Berufsausbildung überfordert sind, steigt stetig an.

Diesen Jugendlichen wollen wir mit spezifischen Einsteigerberufen die Möglichkeit einer Berufsausbildung eröffnen und dafür in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft niedrigschwellige Ausbildungsangebote mit verkürzten Ausbildungszeiten entwickeln.

Deutschkenntnisse als Voraussetzung für die Grundschule

In vielen Schulklassen überwiegt der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen. Diese fehlenden Sprachkenntnisse beeinträchtigen das Leistungsniveau der gesamten Klasse. Deutsche und ausländische Kinder werden dadurch gegenüber ihren Altersgenossen, die unter anderen Bedingungen lernen können, benachteiligt.

Deshalb werden wir dafür Sorge tragen, dass alle Schülerinnen und Schüler bei der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen. In Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil muss erreicht werden, dass Kinder vom dritten oder vierten Lebensjahr an eine Kindertagesstätte besuchen und dieser Besuch mit einem Sprachtraining verbunden wird. Im Rahmen des Einschulungsgesprächs der Grundschule werden wir eine Sprachüberprüfung für Kinder einführen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Bei erheblichen Sprachdefiziten erhalten diese Kinder vor der Einschulung entsprechende Fördermaßnahmen, um die notwendigen Deutschkenntnisse zu erwerben.

Gezielte Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen

Mit jedem einzuschulenden Jahrgang kommen hoch begabte Kinder und Kinder mit besonderen Begabungen in die Hamburger Grundschulen. Hamburg nutzt und fördert diese herausragenden Fähigkeiten bisher nicht in ausreichendem Maße. Jedes Kind hat jedoch einen Anspruch auf Förderung entsprechend seiner Fähigkeiten.

Wir werden deshalb einen Schulzweig für Hochbegabte an einem bestehenden Gymnasium ab der 7. Klasse aufbauen. Im Rahmen der Lehreraus- und fortbildung werden wir Angebote unterbreiten, die insbesondere Grundschullehrer auf das Erkennen und Umgehen mit besonderen Begabungen vorbereiten um besonders begabte Kinder gezielter und frühzeitiger durch ergänzende Schulangebote zu fördern.

Gerechtigkeit für alle Schulformen

In Hamburg werden Gesamtschulen gegenüber dem gegliederten Schulsystem und staatliche gegenüber Schulen in freier Trägerschaft aus ideologischen Gründen noch immer bevorzugt, obwohl sie nachweislich keine besseren Leistungen erbringen. Wir wollen gleiche Chancen für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen. Zur Steigerung der Effizienz des Schulwesens werden wir Gesamtschulen bei wiederholter Unterschreitung der notwendigen Anmeldezahlen in Haupt- und Realschulen oder kooperative Gesamtschulen umwandeln. Die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft werden wir so gestalten, dass sie mit einem Kostendeckungsgrad von mindestens 80 % den freien Zugang für alle Kinder gewährleisten können.

Wirksame Medienerziehung

Das vom Senat beschlossene Programm zur Ausstattung der Schulen mit Informations- und Kommunikationstechnologie in Höhe von 32 Mio. DM ist aufgrund der mangelnden konzeptionellen Vorbereitung und fehlenden Berücksichtigung der Folgekosten gescheitert.

Wir werden deshalb zusätzliche Mittel für die Erarbeitung pädagogischer Konzepte, die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, für Entlastungsstunden für die zuständigen Netzwerkbetreuer und für die Pflege und Wartung der Computer bereitstellen.

Zukunftsorientierte Berufs- und Weiterbildung

Die duale Berufsausbildung ist durch die zunehmende Differenzierung und Spezialisierung der Wirtschaft an ihre Grenzen gelangt. Wir werden daher die Berufsausbildung zu einem modularen System weiterentwickeln, welches den unterschiedlichen Fähigkeiten der Auszubildenden und den sich ständig verändernden Anforderungen der Wirtschaft entgegen kommt. Während das Basiswissen weiterhin durch Lehrpersonal und künftig in Verantwortung des Amtes für Schule vermittelt wird, ist für das Spezialwissen die Wirtschaftsbehörde in Zusammenarbeit mit den Unternehmen zuständig.

Auch die berufliche Weiterbildung entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Wir werden die Wirtschafts- und die Wissenschaftsbehörde beauftragen, in Zusammenarbeit mit der Handelskammer und der Handwerkskammer neue Konzepte für eine innovative Weiterbildungspolitik zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu zählen eine virtuelle Fachhochschule mit unterschiedlichen Weiterbildungsmodulen sowie eine unabhängige Rating-Agentur für die Qualitätssicherung von privaten Weiterbildungsangeboten. Nach

internationalem Vorbild werden wir überdies eine „Sommeruniversität“ Wochenendseminare mit renommierten Professoren an den Hochschulen durchführen.

Hochschulen wettbewerbsfähig machen

Voraussetzung für die Entfaltung des Forschungsstandortes und die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Hamburg sind erstklassige Hochschulen im nationalen und internationalen Vergleich. Bereits auf norddeutscher Ebene hat ein Vergleich gezeigt, dass Hamburgs Hochschulen unterfinanziert und ungenügend mit Sachmitteln und Personal ausgestattet sind. Dennoch sollen in erheblichem Umfang weitere Stellen gestrichen und Sachmittel gekürzt werden.

Wir wollen, dass Hamburg mit seinen staatlichen und privat finanzierten Hochschulen zu einem konkurrenzfähigen Hochschulzentrum ausgebaut wird, das einem Vergleich mit den Hochschulen in Deutschland und im Ausland standhält. Daher werden wir die dringend erforderlichen baulichen Standortverbesserungen vornehmen und wegen des drängenden Platzbedarfs beschleunigt für die noch fehlenden zwei Gebäude des vierten Bauabschnitts der TU Harburg sorgen. Insbesondere die ungenügende räumliche Situation am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften werden wir grundlegend verbessern. Für die Anwerbung von hervorragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern werden wir einen speziellen Berufungsfonds einrichten. In der anwendungsbezogenen Forschung setzen wir auf Schwerpunkte bei den innovativen Technologien. Durch Unterstützung des internationalen Wissensaustausches und des Transfers von Forschungsergebnissen werden wir das europäische Profil unserer Hochschulen stärken.

Zukunft des UKE sichern

Im Universitätsklinikum Eppendorf werden jährlich etwa 350.000 Patienten im Rahmen der Krankenversorgung behandelt. Vor allem sollen im UKE jedoch hochklassige Forschung und die bestmögliche Ausbildung des medizinischen Nachwuchses erfolgen. Trotz der Sparpolitik des Senats ist es den Medizinern des UKE gelungen, einen hohen Standard zu halten.

Wir werden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um eine medizinische Forschung, Ausbildung und Krankenversorgung auf höchstem Niveau in Hamburg sicherzustellen.

Wettbewerbsfähigkeit der Studienabsolventen stärken

Das Alter der Hochschulabgänger ist noch immer deutlich zu hoch, da die Schulzeit zu lange dauert und die Konzentration der Studierenden auf das Studium gesunken ist.

Gleichzeitig sind die Studienabsolventen aus Hamburg immer weniger für den nationalen und internationalen Wettbewerb qualifiziert.

Wir werden ein Leistungspunktsystem (Credit-Point-System) mit entsprechenden Kursangeboten und Veranstaltungen einführen, um regelmäßig die Leistung der Studierenden zu überprüfen und das Studium zu beschleunigen. Durch studienbegleitende Fachberatungen und Zwischentests werden wir bereits zu Beginn des Studiums dafür sorgen, dass eigene Defizite und Fehlvorstellungen erkannt und entsprechende Konsequenzen zeitnah gezogen werden. Durch Erhöhung des Multimedia-Angebotes an den Fachbereichen, Aufstockung des Bibliotheksetats, mehr wissenschaftliche Mitarbeiter zur begleitenden Wissensvermittlung in kleinen Seminargruppen und Anreize für bessere Lehrleistungen der Dozenten werden wir die Qualität des Studiums verbessern. Auch die Entwicklung neuer Studiengänge für den Arbeitsmarkt der Zukunft – z. B. in der Medienwirtschaft und der Gentechnik – wird von uns gefördert. Wir werden für Vereinbarungen über Studiengänge, -abschnitte und –abschlüsse sorgen, die einem internationalen Vergleich standhalten und vermehrt Bachelor- und Masterstudiengänge einführen. Durch Vermittlung von Sprachkenntnissen, Förderung fachübergreifender Studiengänge und den Abbau administrativer und rechtlicher Hindernisse für ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler werden wir den internationalen Studienortwechsel erleichtern und Auslandsaufenthalte fördern.

Weltstadt Hamburg

Hamburg droht im internationalen Vergleich, aber auch im nationalen Wettbewerb, den Anschluss an die Spitze zu verlieren. Mit mehr Mut, Phantasie und Begeisterung kann Hamburg das Potenzial ausschöpfen, das in der Stadt steckt. Dabei muss Hamburg wieder wie in früheren Jahrzehnten in größeren Dimensionen denken. Hamburg darf den Vergleich mit internationalen Metropolen wie Barcelona, Toronto oder Sydney nicht scheuen, sondern muss ihn als Herausforderung sehen. National muss Hamburg Partner finden, um gemeinsam im Wettbewerb der Regionen zu bestehen. Dabei bietet sich Berlin als Partner für eine Achse an, auf der eine starke Position in Nord- und Mitteleuropa aufgebaut werden kann. Hamburg muss den Ehrgeiz haben zu wachsen und eine 2 Mio. Stadt zu werden und dies mit dem Willen verbinden, national wie international Spitzenpositionen in Wissenschaft, Kultur und Architektur zu besetzen. Der Anspruch, eine Weltstadt zu

sein, kann nur aufrecht erhalten werden, wenn alle Kräfte der Stadt darauf ausgerichtet sind, diesen Anspruch auch zu erfüllen.

Medien an Hamburg binden

Hamburg droht im Wettbewerb mit den anderen deutschen Medienstandorten zurückzufallen. Im Bereich Film und Fernsehen ist nahezu die ganze Branche verloren gegangen. RTL 2, SAT 1, Premiere und MTV haben bereits die Stadt verlassen. Außer dem NDR sitzt kein großer TV-Sender mehr in Hamburg. Der Abwanderungstrend betrifft aber auch die Verlage, die Musikwirtschaft und inzwischen sogar die neuen Medien. Dem Hauptstadtsoj Berlins setzt Hamburg bisher nichts entgegen.

Der Medienstandort Hamburg muss so attraktiv sein und werden, dass auch durch Subventionen andere Regionen keine Alternative zur Hansestadt sind. Dazu gehören intensives Standortmarketing wie auch glamouröse Medienevents, die die Bedeutung Hamburgs als Metropole unterstreichen und weltweit für uns werben. Durch eine stärkere Zusammenarbeit mit den norddeutschen Bundesländern werden wir die Abwanderung stoppen. Vorhandene Studiengänge in der Filmbildung werden wir zusammenführen und eine norddeutsche Filmakademie gründen, um in Hamburg das qualifizierte Personal auszubilden, das für die Produktion von Talkshows, Filmen und Serien benötigt wird. Wir werden Hamburgs Stellung als newmedia-Hochburg weiter ausbauen. Hamburg ist besonders stark, weil hier viele Unternehmen angesiedelt sind, die redaktionelle Inhalte schaffen und damit eine wichtige Grundvoraussetzung für das Internet liefern. Auch aus diesem Grund werden wir alles tun, um traditionelle Medienunternehmen, die Hamburg als Standort groß gemacht haben - wie zum Beispiel Axel-Springer-Verlag, Gruner + Jahr, Heinrich-Bauer-Verlag, Jahreszeiten-Verlag - , weiterhin langfristig an die Stadt zu binden.

New Economy als Wachstumsbranche nutzen

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien dringen in alle bestehenden Wirtschaftsbereiche vor, verändern Wirtschaftsprozesse und tragen zur Produktivitätssteigerung bei. Im Wettbewerb besteht nur, wer ausreichend qualifiziertes Personal anzubieten hat. Daran mangelt es in Hamburg, so dass heute ein Wachstumsengpass besteht.

Wir werden die New Economy gezielt fördern indem wir die Ausbildungskapazitäten für Multimedia- und IT-Berufe durch flexiblere unbürokratische Ausbildungsmodelle erhöhen.

16

Um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken, werden wir uns für einen Lehrstuhl für e-Commerce an einer der Hamburger Hochschulen einsetzen.

Mittelständische Betriebe werden wir bei der Bewältigung der technologischen Herausforderungen unterstützen.

Wichtig ist für uns auch, dass der Staat selbst Vorbild für die Nutzung neuer Technologien ist. Daher werden wir Hamburg zum Vorreiter im Bereich e-Government machen. Durch die Digitalisierung der Prozessabläufe –zum Beispiel im Beschaffungswesen und der öffentlichen Auftragsvergabe – werden wir die Verwaltung kundenfreundlicher, effizienter gestalten und ein wichtiges Signal an die Wirtschaft geben.

Dadurch werden Arbeitsplätze im Medienbereich gesichert und neue geschaffen.

Kreative Vielfalt in der Kultur stärken

Die Kulturmetropole und Musikhauptstadt Hamburg leidet zunehmend unter dem Konkurrenzdruck von Berlin und München. Gemessen an der finanziellen Kulturförderung bildet Hamburg im Vergleich mit diesen beiden Städten leider das Schlusslicht.

Wir wollen, dass Hamburg nicht nur Hafenstadt und Wirtschaftsstandort, sondern auch Kulturmetropole bleibt. Die Vielfalt in der Theaterlandschaft und Kulturszene muss erhalten bleiben. Kreatives künstlerisches Potential muss allerdings noch mehr als bisher gefördert werden.

Wir werden weiterhin in die Hamburger Hochkultur investieren. Die Entwicklung von Schauspielhaus, Thalia-Theater und Staatsoper unter den neuen Intendanten gibt jedoch zu besonderer Aufmerksamkeit Anlass. Keinesfalls dürfen diese Häuser in die Mittelmäßigkeit abgleiten. Die institutionelle Förderung der Privattheater werden wir finanziell maßvoll erweitern und durch Projektförderung ergänzen, die Vergabe soll durch eine Jury erfolgen. Programme und Inszenierungen der Bühnen müssen so gestaltet sein, dass sie die Erwartungen der Bürger berücksichtigen und den Dialog mit ihnen fördern.

Darüber hinaus werden wir verstärkt die Basiskultur unterstützen. Abstand nehmen werden wir von überzogenen „Vorzeigeprojekten“ und stattdessen verstärkt in den künstlerischen Nachwuchs, unsere Zukunft, investieren. Wir werden dafür sorgen, dass Kinder frühzeitig an die Musik herangeführt werden, indem wir neue Akzente im Musikunterricht in den Schulen setzen und die inhaltliche Gestaltung überarbeiten. Wir wollen die Attraktivität des Museumsstandortes Hamburg im Vergleich zu anderen Metropolen wie Berlin und München stärken und ein Naturkunde- und Ökologiemuseum („Galerie der Natur“) in der Hafencity einrichten, indem die bedeutenden wissenschaftlichen Naturkundesammlungen, die gegenwärtig zum Teil nur unter

erschweren Bedingungen der Öffentlichkeit zugänglich sind, zusammengefasst werden. Damit die ganze Bandbreite des Kulturangebotes Besuchern und Touristen besser zugänglich gemacht wird, werden wir für eine elektronische Vernetzung aller Angebote sorgen und somit die Attraktivität des Kulturstandorts steigern.

Hamburg zum Luftkreuz des Nordens ausbauen

Bereits heute stößt der Flughafen an seine Kapazitätsgrenzen. Prognosen sagen einen weiteren Anstieg des Luftverkehrs in den nächsten Jahren voraus. Ein langfristiges Flughafenkonzept, das über das Jahr 2010 hinausreicht, fehlt. Auf Dauer droht Hamburg zu einem Regionalflughafen zu werden.

Wir wollen, dass Hamburg zum Luftkreuz des Nordens wird. Daher werden wir gemeinsam mit Schleswig-Holstein die Pläne für einen Großflughafen wieder aufnehmen, auch aus Lärmschutz- und Sicherheitsgründen. Nur mit einem derartigen Großflughafen kann die internationale Marktposition des Hamburger Flughafens gestärkt und das internationale und europäische Streckennetz ausgebaut werden. Das Gelände in Fuhlsbüttel stünde nach einer Flughafenverlagerung als weiteres Areal für eine städtebauliche Planung zur Verfügung.

Verstärkte Zusammenarbeit im Ostseeraum

Enge Beziehungen zu den Staaten und Regionen rund um die Ostsee sind für Hamburg aufgrund seiner geografischen Lage und wirtschaftlichen Interessen unerlässlich. In dieser dynamischen Wachstumsregion liegen große Chancen für unsere Stadt, besonders mit Blick auf die Osterweiterung der europäischen Union. Die Ostsee wird damit zu einem europäischen Binnenmeer mit Hamburg als Tor zum Atlantik. Um diese Chance zu nutzen, braucht Hamburg moderne, schnelle und umweltverträgliche Verkehrsverbindungen auch in diese Region.

Wir setzen daher nachdrücklich auf den Bau einer schnellen Bahnverbindung von Hamburg über Lübeck, Kopenhagen und Malmö bis nach Stockholm mit Verbindungen nach Finnland, St. Petersburg und in die Baltischen Staaten. Dazu gehört auch der Bau einer festen Querung über den Fehmarn-Belt zur Schließung dieser Lücke im Verkehrsnetz des südwestlichen Ostseeraumes.

Zur Verbesserung von Verständigung und Ausbildungschancen junger Menschen der Region werden wir den Aufbau eines Universitätsringes im Ostseeraum fördern. Den Baltischen Staaten werden wir ein umfassendes Angebot für die Entsendung von Verwaltungsmitarbeitern und Richtern unterbreiten, um deren Beitritt zur EU zu fördern.

Den Hafen konkurrenzfähig erhalten

Der Hafen ist nach wie vor einer der wichtigsten Wirtschaftsbereiche unserer Hansestadt. Optimale Wettbewerbsbedingungen sind für unsere Hafenbetriebe wichtig, das gilt auch für den Wettbewerb innerhalb des Hafens. Die vom Senat geplanten Ausgleichsregelungen für Eingriffe im Hafen nach dem Naturschutzgesetz behindern die Planungen und Entwicklungsmöglichkeiten im Hafen und stellen einen Standortnachteil im Vergleich zu europäischen Konkurrenzhäfen dar.

Wir werden dafür sorgen, dass die Infrastruktur des Hafens auch zukünftig unterhalten und ausgebaut wird. Von uns wird unter volkswirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten geprüft werden, ob ein Tiefwasserhafen oder eine weitere Vertiefung der Elbe die bessere Alternative bei größeren Schiffstypen ist. Im Falle eines Tiefwasserhafens kommt für uns nur der Standort Cuxhaven in Frage. Den Umschlagbetrieb HHLA werden wir privatisieren, dadurch den Wettbewerb erhöhen und das Unternehmen zugleich an die Anforderungen einer modernen Wirtschaft anpassen.

Industrieller Kern unverzichtbar

Insbesondere der Schiffs- und der Flugzeugbau sowie die Mineralölwirtschaft bilden industrielle Schwerpunkte Hamburgs. Das Beispiel der EADS-Erweiterung zeigt, dass langwierige Planungsverfahren und zeitliche, durch Rechtsstreitigkeiten ausgelöste Verzögerungen das Gesamtprojekt gefährden können.

Wir wollen, dass Hamburg im internationalen Wettbewerb mit anderen Standorten konkurrenzfähig bleibt und auch zukünftig im industriellen Sektor Neuansiedlungen und Investitionen stattfinden. Daher lehnen wir die geplante Ausweitung des Verbandsklagerechts für Naturschutzverbände, die durch langwierige Verfahren eine Realisierung von Großprojekten verhindern würde, ab.

Konkurrenz des Mittelstandes durch öffentliche Unternehmen beenden

Die Stadt konkurriert mit einer erheblichen Zahl von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen im freien Wettbewerb um Kunden und Marktanteile. Dabei wird Hamburg immer stärker außerhalb der reinen Daseinsvorsorge wirtschaftlich tätig und tritt als Unternehmer in Konkurrenz zur Privatwirtschaft auf.

Wir wollen, dass der Staat sich auf seine Kernaufgaben zurückzieht. Wir werden die Scheinprivatisierung öffentlicher Unternehmen beenden, diese tatsächlich privatisieren

und so für einen fairen Wettbewerb sorgen. Die öffentliche Auftragsvergabe werden wir so umgestalten, dass kleinere und mittelständische Betriebe bessere Chancen erhalten.

Verwaltung als Serviceeinrichtung

Die öffentliche Verwaltung wird von der Wirtschaft vorwiegend wegen arbeitsplatzhemmender Vorschriften, Überreglementierung, langer Bearbeitungszeiten und hoher Bürokratiekosten wahrgenommen.

Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung wirtschaftliche Aktivitäten fördert und nicht hemmt. Daher werden wir sie zu einer Serviceeinrichtung umbauen. Bestehende Rechtsvorschriften werden wir durch einen Bürokratiekosten-Check überprüfen lassen und bei neuen vor in Kraft treten eine Folgekostenabschätzung vornehmen.

Das Internet gestützte Dienstleistungsangebot werden wir auch für Verwaltungsvorgänge und Auftragsabwicklungen ausbauen und damit Bearbeitungszeiten verkürzen, Sprechzeiten verlängern, Kosten reduzieren und die Transparenz erhöhen.

Gewerbeflächenangebot erhöhen

Für eine internationale Wirtschaftsmetropole ist das Gewerbeflächenangebot in Hamburg mangelhaft. In vielen Stadtteilen gibt es nahezu keine vergabereifen Gewerbeflächen mehr, obwohl die Nachfrage sehr hoch ist.

Um bestehende Unternehmen an Hamburg zu binden, neue Unternehmen zu gewinnen und insgesamt ein positives Standortklima zu schaffen, werden wir kurzfristig die Zahl der vergabereifen und bedarfsgerechten Gewerbeflächen erhöhen, z. B. indem Brachflächen - insbesondere der Bahn, aber auch im Hafengebiet - zügig für eine Wiedernutzung verfügbar gemacht werden und mittelfristig ein auf die Zukunft ausgerichtetes Gewerbeflächennutzungskonzept entwickeln. Wir werden die Bezirke am Gewerbesteueraufkommen beteiligen, um Anreize zu schaffen, den Gewerbeflächenmangel zu beseitigen.

Hamburg als attraktiven Wirtschaftsstandort erhalten

Hamburgs Wirtschaft wird durch den höchsten Gewerbesteuersatz im Vergleich aller Bundesländer benachteiligt mit der Folge von Abwerbeversuchen durch Nachbargemeinden.

Die Standortbestimmungen für Hamburger Unternehmen werden wir durch Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes um 20 Punkte und weitere Maßnahmen wie z. B. schnellere Verkehrsanbindung für Pendler verbessern.

Existenz von Landwirtschaft und Gartenbau absichern

In Hamburgs Landwirtschaft sind 4.800 Menschen tätig. Sie sind ein wichtiger Faktor für die Versorgung der Hamburgerinnen und Hamburger mit frischen Agrarprodukten und tragen zur Landschaftspflege bei. Die Arbeit dieser Betriebe wird zunehmend durch Auflagen und die Ökosteuern belastet.

Wir werden eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Interessen der Landwirte durch Klage- und Einspruchsmöglichkeiten mit der geplanten Naturschutznovelle nicht zulassen. Von überzogenen Ansprüchen der Stadtplanung werden wir die Betriebe frei halten. Wir werden dafür sorgen, dass die von den hohen Heizenergiekosten besonders betroffenen Unter-Glas-Gartenbaubetriebe vor unfairem Wettbewerb geschützt werden.

Konsequent gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung

Durch Schwarzarbeit und illegale Arbeit verzeichnet Hamburg jährlich einen volkswirtschaftlichen Verlust von ca. 20 Mrd. DM. Die Zahl der illegalen Arbeitnehmer wird auf über 100.000 geschätzt. Dadurch gehen nicht nur Sozialversicherungsbeiträge und Steuereinnahmen verloren, sondern diese Arbeitsplätze bleiben dem regulären Arbeitsmarkt vorenthalten, bei über 70.000 Arbeitslosen ein unhaltbarer Zustand.

Wir werden die Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung durch verstärkte Kontrollen und höhere, abschreckende Warn- und Bußgelder eindämmen.

Bessere Bedingungen für Frauen im Beruf

Die Mehrheit der Frauen entscheidet sich bei der Berufswahl immer noch für die klassischen Frauenberufe. Gleichzeitig finden Frauen mit Kindern in Hamburg trotz guter Qualifikation häufig nur schwer einen Arbeitsplatz.

Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Arbeitswelt eine echte Chancengleichheit haben. Daher werden wir bereits in Schule und Ausbildung durch gezielte Maßnahmen darauf hinwirken, dass Frauen sich vermehrt für moderne technische Berufsfelder z. B. in der Informations- und Telekommunikationsbranche entscheiden. Durch Förderung von qualifizierten Teilzeitstellen, Telearbeitsplätzen und flexiblen und zuverlässigen Angeboten in der Kinderbetreuung werden wir für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen. Benachteiligungen von Frauen durch Einschränkung der Kinderbetreuung bei Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen werden wir abschaffen.

Nachhaltigeres Wirtschaften

Wir wollen Forschungsaktivitäten z. B. im Bereich umweltentlastender Technologien fördern, um die Ökologisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Dabei setzen wir auf Eigenverantwortung der Betriebe und Freiwilligkeit.

Wir werden Betriebe mit freiwilligem Öko-Audit und hohen Umweltstandards von Verwaltungsaufwand z. B. durch verlängerte Prüfzeiträume entlasten.

Marktwirtschaft beim Klimaschutz

Auch Hamburg kann mehr für ein besseres Klima leisten. Wir setzen jedoch weniger auf Vorschriften, Kontrollen und Bürokratie, sondern mehr auf marktwirtschaftliche Instrumente, z. B. die Ausgabe von Umweltzertifikaten zur Reduzierung des klimaschädlichen CO₂. Förderprogramme werden wir hinsichtlich der ökologischen Wirksamkeit regelmäßig überprüfen und die finanziellen Mittel dort einsetzen, wo sie den größten ökologischen Nutzen entfalten. Zur Verbesserung der Luftqualität im Bereich des Flughafens werden wir ein emissionsabhängiges Landeentgelt einführen. Durch Förderung solarthermischer Anlagen und Wärmedämmmaßnahmen bei Neubauten und der Sanierung von Altbauten werden wir zur Klimaschonung beitragen.

Zukunftsfähige Energieversorgung

Vor dem Hintergrund des sich immer stärkeren Ausweitens des Treibhauseffekts treten wir für eine CO₂-freie Energieerzeugung ein. Dazu muss der Anteil an regenerativen Energien gesteigert und die rationelle Energieverwendung gefördert werden.

Wir werden die norddeutsche Zusammenarbeit bei der Gewinnung der Windenergie verbessern. Den bloßen Ersatz der Gewinnung von CO₂-freier Kernenergie durch Verbrennung fossiler Stoffe lehnen wir ab. Atomare Abfälle sind in Endlagern zu entsorgen und nicht, wie zurzeit, in immer mehr Zwischenlagern bei den bestehenden Kernkraftwerken auf unbestimmte Zeit zu lagern.

Umweltschonende Abfallentsorgung

Noch immer werden Haushaltsabfälle in Hamburg nicht ausreichend getrennt. Zentrale Sammelstellen mit längeren Wegen für die Bürger stehen einer durchgängigen Mülltrennung entgegen. Zudem sind die Wertstoffcontainerplätze in den Wohngebieten ständig vermüllt.

Deshalb werden wir Wertstofftonnen für jeden Häuserblock einführen. Eine umweltverträglichere Abfallentsorgung werden wir durch mehr Wettbewerb mit der Folge größerer Anreize zur Kostenreduzierung fördern.

Verkehrsknotenpunkt Hamburg

Für Hamburg, eine Stadt, die zu einem Großteil vom Handel lebt, sind leistungsfähige Verkehrswege lebenswichtig. Gute Schienen- und Straßenverbindungen sind dabei angesichts der zusammenwachsenden Regionen Nord- und Mitteleuropas ebenso unerlässlich wie ausgebaute Schifffahrtswege und schnelle nationale und internationale Flugverbindungen in einem dichten Streckennetz. Gleichmaßen von Bedeutung ist, dass die Verkehre innerhalb Hamburgs fließen können, die Stau- und Umsteigezeiten gering sind und ausreichend Parkmöglichkeiten vorhanden sind, damit Kosten und Zeit für alle gespart werden können.

Dem Anspruch, Verkehrsknotenpunkt für den Norden zu sein, wird Hamburg gegenwärtig nicht gerecht. Autobahnringe fehlen ebenso wie schnelle Fernverbindungen mit der Bahn, sowohl nach Nordeuropa als auch über Berlin in den Osten unseres Kontinents. Die falsche Entscheidung, die zukunftsweisende Flughafenverlagerung nach Kaltenkirchen nicht zu verwirklichen, hat Hamburg zum regionalen Zubringerflughafen für Frankfurt und München abgewertet, der immer weniger direkte Langstreckenverbindungen anbietet. Ohne Ausbaumaßnahmen im Bereich der Elbe wird Hamburg nicht einmal mehr Zielhafen für moderne Schiffe sein. Innerhalb Hamburgs nagen tägliche Dauerstaus genauso wie die verzweifelte Suche nach einem Parkplatz an den Nerven der Autofahrer. Selbst Autofahrer, die bereit sind, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, finden nicht genügend Park+ Ride-Plätze oder müssen insbesondere in den Abendstunden Wartezeiten in Kauf nehmen, wenn sie zurück an den Stadtrand wollen.

Dauerhaft konkurrenzfähig wird Hamburg nur sein, wenn Verkehr endlich als Chance begriffen wird und nicht länger als einzudämmendes Übel.

Schaffung eines leistungsfähigen Straßennetzes

Hamburg muss ein leistungsfähiges Straßennetz bereitstellen, um den durch das zusammenwachsende Nordeuropa gestiegenen Anforderungen langfristig gerecht zu werden. Die momentanen Bedingungen reichen dafür bei weitem nicht aus. Notwendige Ausbaumaßnahmen wurden jahrzehntelang versäumt.

Wir werden sie anpacken, und zwar:

- die Autobahnumgehung einschließlich einer östlichen und einer hamburg-nahen westlichen Elbquerung,
- den Bau der Hafenuferspange
- den Bau der A 26 – hilfsweise einer Straße zur Erschließung des EADS-Werkes -,
- den Ausbau der A 7 und in Verbindung mit dem begonnenen Bau der 4. Elbtunnelröhre die Realisierung des Deckelprojektes Othmarschen,
- die Weiterführung der Ortsumgehung Fuhlsbüttel über die Sengelmannstraße bis zum Jahning,
- Vervollendung der Ortsumgehung Rissen im Zuge der B 431 gemeinsam mit der Stadt Wedel
- die Ortsumgehung Barsbüttel mit Anschluss an die A 1 und
- die Vervollständigung des Ring 3-Ausbaus mit Anbindung an die A 1 bei Stapelfeld auf der Basis der aktuellen Verkehrsentwicklungszahlen.

Schluss mit Verkehrsschikanen – Moderne Technik für eine attraktive Stadt

Hamburgs Autofahrer stehen viel zu oft im Stau. Straßen sind nicht ausgebaut, oftmals sind sie künstlich verengt und Ampelphasen sind nicht abgestimmt. Das Straßennetz wird nicht gepflegt, sondern nur notdürftig geflickt. Folge sind häufige Baustellen oder Spurrillen und Schlaglöcher. Wer einen Parkplatz benötigt, muss lange suchen und behindert den Verkehr damit zusätzlich. Der Einzelhandel leidet, denn nur wo in der Nähe geparkt werden kann, wird auch gekauft.

Wir werden die künstlichen Staus beseitigen. Durch Grüne-Welle-Schaltung und Tafeln, die anzeigen, bei welchem Tempo die Autofahrer ohne Staus unterwegs sein können sowie mit der zeitlichen Beschränkung der Tempo-30-Bereiche vor Schulen, so dass in den Abend- und Nachtzeiten wieder die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gefahren werden kann, gewährleisten wir Verkehrsfluss und sorgen für geringere Umweltbelastungen. Durch den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes werden wir den Stadt- und Durchgangsverkehr voneinander trennen und mittels einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h auf allen vierspurigen Ein- und Ausfallstraßen für einen zügigen Verkehrsfluss sorgen.

Die Straßenpflege wird mit uns systematisch erfolgen, indem der Zustand aller Straßen elektronisch erfasst und in eine Straßendatenbank eingegeben wird. Damit werden Gelder für die Straßenreparatur gezielter eingesetzt, bevor die Straßen ganz kaputt gefahren

24

sind. Den schleichenden Abbau von Parkplätzen werden wir beenden und neuen Parkraum in modernen, Platz sparenden Garagen mit Regal- oder Verschiebesystemen schaffen. Den Parkplatzsuchverkehr in den Bezirkszentren verringern wir durch die Einrichtung von Parkleitsystemen. Die Finanzierung erfolgt aus den Einnahmen der Stellplatzablösegebühr, die wir nur noch erheben, wenn die Errichtung der vorgeschriebenen Stellplatzzahl technisch nicht möglich ist. Als Maßnahme zum bloßen Abkassieren wird sie abgeschafft.

Ausbau und Modernisierung des Schienennetzes

Um Hamburg in Nordeuropa angemessen zu vernetzen und im zunehmenden Konkurrenzkampf der Metropolen nicht zu benachteiligen, sind gute Schienenverbindungen unverzichtbar. Die Achse Hamburg-Berlin und die Anbindung an die skandinavischen Länder sind dabei ebenso wichtig wie die Verbindungen im norddeutschen Raum und im innerstädtischen Bereich. Zur Steigerung der Attraktivität Hamburgs im norddeutschen Verbund setzen wir uns für

- die Einrichtung einer Hochgeschwindigkeitsstrecke Hamburg-Stockholm mit einer Verkürzung der Reisezeit nach Kopenhagen von 4 ½ auf 2 Stunden und nach Stockholm von 10 auf 5 Stunden,
- eine Hochgeschwindigkeitsstrecke Hamburg-Berlin unter Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Wirtschaft über den Transrapid,
- den Bau der Y-Trasse zur Verbesserung der Bahnstrecke nach Hannover und
- die Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Lübeck bei Führung der S 4 auf eigenen Gleisen mit zusätzlichen Haltepunkten

ein.

Attraktiver öffentlicher Personennahverkehr

Der ÖPNV ist in Hamburg immer noch nicht so attraktiv, dass er zum Verzicht auf das Auto anreizt.

Wir werden dies ändern.

- Das Angebot an Park+Ride-Plätzen vor der Stadt und am Stadtrand, insbesondere an den Schnittstellen von Hauptverkehrsstraßen und Schnellbahnstationen werden wir massiv ausbauen. Durch Einsatz moderner Technik werden wir dafür sorgen, dass die Anzahl der freien Plätze in einer P+R-Anlage auf das Handy übertragbar ist.
- Mit den Nachbarbundesländern werden wir Verhandlungen zur Ausdehnung des HVV-Gebietes auf die Metropolregion Hamburg führen.

25

- Wir setzen uns für den Bau dritter Gleise bis Lüneburg und Elmshorn, die Verlängerung der S 3 von Neugraben nach Buxtehude mit Haltepunkten in Fischbek und Neu Wulmstorf und später bis Stade ein.
- Den Haltepunkt Eidelstedt werden wir ausbauen und dafür sorgen, dass die AKN durchgehend von Ulzburg bis zur Innenstadt fährt.
- Die Stadtteile Lurup, Osdorfer Born, Steilshoop und Bramfeld erhalten eine Schienenanbindung.

Wir sorgen dafür, dass die Fahrpläne von Bussen und Bahnen an die geänderten Ladenöffnungszeiten so angepasst werden, dass diese zumindest auf den Hauptlinien bis 21 Uhr im 10-Minuten-Takt fahren. Wir werden Sicherheit und Sauberkeit in den öffentlichen Verkehrsmitteln und auf den Bahnhöfen sicherstellen.

Die Stadt gestalten

Bürger und Besucher nehmen unsere Stadt zuerst mit den Augen wahr. Das Stadtbild prägt ihr Urteil über Hamburg.

Hamburg ist schön und dennoch hat sein Erscheinungsbild offene Wunden, die es zu schließen gilt. Beispiele dafür sind:

- Der Domplatz. Er ist historisches Herz der Stadt und dient gegenwärtig als Parkplatz. Als Verbindungsstück zur Hafencity hat er eine wichtige Funktion. Wir wollen ihn so gestalten, dass seine historische Bedeutung ebenso zur Geltung kommt wie die zukünftige Funktion.
- Der Spielbudenplatz. Er ist selbst nach jahrelanger Beratung noch immer eine unattraktive Sandfläche an einem Ort, den täglich Tausende von Touristen besuchen. Wir werden diesen hässlichen Fleck beseitigen und den Platz endlich so gestalten, dass er auch bei Tage attraktiv ist.
- Hamburgs Wasserseite. Sie muss an Elbe und Binnenalster (Jungfernstieg) attraktiver gestaltet werden. Große Metropolen wie Vancouver und Boston machen vor, was möglich ist. Wir werden städtebauliche Wettbewerbe durchführen, um die bestmöglichen Lösungen zu erarbeiten. Nur so kann Hamburg zur konkurrenzfähigen Metropole werden.

Offensive für die Familien

Familienpolitik ist der Kernpunkt aller Gesellschaftspolitik. Die Familie ist die wichtigste soziale Einheit innerhalb der Gesellschaft. Auch wenn sich die

traditionelle Familienstruktur gewandelt hat, ist die Familie noch immer der entscheidende Ort für individuelle Geborgenheit, Zuwendung und Sinnorientierung. Dafür ist die Ehe eine gute Grundlage. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Das sind Ehepaare mit ehelichen, nichtehelichen, adoptierten Kindern oder mit Pflegekindern, erwachsene Kinder, die sich um ihre Eltern kümmern, allein erziehende Mütter oder Väter oder Alleinerziehende mit Lebenspartner sowie nichteheliche Lebensgemeinschaften mit gemeinsamen Kindern. In Hamburg werden Kinder für die Familien jedoch immer mehr zum Armutsrisiko. Zurzeit ist jedes fünfte Kind von der Sozialhilfe abhängig. In vielen Bereichen werden die Bedürfnisse von Familien mit Kindern nicht oder nicht angemessen berücksichtigt. Fehlende Ganztagschulen und unzureichende Kindertagesbetreuung erschweren Eltern mit Kindern eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Beim Wohnungs- und Eigenheimbau hat Hamburg Familien mit Kindern nicht auf der Rechnung, so dass diese ins Umland abwandern. Bei staatlichen Entscheidungen und Fördermaßnahmen ist zukünftig verstärkt darauf zu achten, welche Auswirkungen diese auf Familien haben. Ambulante und präventive Hilfen sind so auszubauen, dass die Familien bei ihrer Erziehungsaufgabe unterstützt werden.

Bedarfsgerechte und finanzierbare Kinderbetreuung

Von zentraler Bedeutung für die Erziehenden sind familienergänzende pädagogische Betreuungseinrichtungen. Die Angebote der Kindertagesbetreuung müssen qualifiziert und bedarfsorientiert sein.

Wir wollen Kinderbetreuungseinrichtungen, die nicht nur Betreuung sondern auch Bildung und Erziehung zum Ziel haben. Sie sollen sich an den Wünschen der Eltern und den Bedürfnissen der Kinder gleichermaßen ausrichten. Flexibilität muss da aufhören, wo sie zu Lasten der Kinder geht. Daher müssen Kernbetreuungszeiten erhalten bleiben, um den Aufbau von Beziehungen durch die Kinder zu ermöglichen.

Wir werden dafür sorgen, dass die Elternbeiträge in Hamburg reduziert und dem Standard vergleichbarer Großstädte angepasst werden. Durch ein einfaches Verfahren ohne Wartezeiten, das für die Anmeldenden durchschaubar und leicht zu bewältigen ist, werden wir die Aufnahme erleichtern.

Private Elterninitiativen werden von uns gefördert und bessere Rahmenbedingungen für das Angebot an Tagespflegestellen (Tagesmütter) geschaffen. Damit sich Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache in unsere Gesellschaft besser integrieren und sich ihre

Lebensperspektiven somit verbessern, werden wir schon in den Kindertageseinrichtungen für Eltern und Kinder das Erlernen der deutschen Sprache fördern.

Abwanderung durch familiengerechtes Wohnen stoppen

Jedes Jahr ziehen rund 9.000 Menschen mehr von Hamburg ins Umland als umgekehrt. Der Stadt gehen dadurch steuerlich rund 6.000 DM pro fortziehender Person verloren. Besonders junge Familien suchen im Hamburger Speckgürtel geeignete Wohnformen, weil diese in Hamburg fehlen.

Wir werden für ein besseres familiengerechtes Wohnungsmanagement sorgen, indem wir das Mietertelefon der Baubehörde durch die Funktion eines Familienlotsen ergänzen. So erhalten wohnungssuchende Familien einen guten Überblick über verfügbare, familienfreundliche Wohnungen inkl. konkreter Angaben zum Wohnumfeld (Kindergärten, Grundschulen, Spielplätze etc.).

Wir werden zudem ein Programm zur Schaffung familienfreundlicher Wohnungen auflegen und wo immer möglich, kleinere Wohnungen zu größeren zusammenlegen, da diese attraktiver und besser vermietbar sind. Durch geringere Mietausfallkosten finanzieren sich die Umbaumaßnahmen selbst.

Eigentum fördern

Viele junge Familien würden gerne Wohneigentum zu bezahlbaren Preisen in der Stadt erwerben, denn die Schaffung von Wohneigentum ist auch eine wichtige Form der Alterssicherung.

Wir werden die Förderungsgrundsätze der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt zum Ankauf von Altbauwohnungen und gebrauchten Eigenheimen so umstellen, dass auch Familien mit einem oder zwei Kindern in den Genuss der Fördermittel kommen können.

Durch ein Sonderprogramm mit einem Volumen von 6 Mio. DM werden wir die Wohneigentumsbildung junger Familien mit Kindern mit einem Betrag von 2.000 DM jährlich pro Familienmitglied über einen Zeitraum von acht Jahren fördern. Das gilt auch für den Erwerb von Wohnungen aus dem stadteigenen Bestand.

Zudem wird von uns der Bau von Einfamilienhäusern, Doppelhäusern und Reihenhäusern verstärkt gefördert und der Geschosswohnungsbau reduziert.

Bedarfsorientierte Jugendarbeit

Attraktive Angebote, die sich an den Interessen möglichst vieler Jugendlicher orientieren und sie in deren Entwicklung und Durchführung einbeziehen, sind die beste Prävention. In Hamburg wird sich zu einseitig auf jugendliche Problemgruppen konzentriert, selbst in diesem Bereich bleiben jedoch Planstellen oftmals über Monate unbesetzt.

Wir werden dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche bei stadtteilbezogenen Projekten und Einrichtungen ein Mitspracherecht erhalten und stärker einbezogen werden. Hierzu werden in Hamburg flächendeckend Jugendparlamente eingeführt, die mit einem finanziellen Grundsockel (aus dem eigenen Haushaltstitel) ausgestattet werden.

Gleichzeitig sollen Vertreter aus diesen Gremien an der politischen Willensbildung beteiligt werden (z. B. in Form einer beratenden Funktion im Ortsausschuss oder in den jeweiligen bezirklichen Jugendhilfeausschüssen). Staatliche Einrichtungen der Jugendarbeit werden wir in freie Trägerschaft überführen, damit flexibler auf sich verändernde Anforderungen eingegangen wird. Durch eine Prioritätenverschiebung vom Bereich der Hilfen zur Erziehung hin zur Prävention und der damit verbundenen Aufstockung der finanziellen Mittel in diesem Schwerpunkt, wird sichergestellt, dass vorhandene Stellen, z. B. in den Häusern der Jugend, bei Freiwerden unverzüglich wieder besetzt werden, um ein verlässliches Angebot aufrecht zu erhalten. Hierzu gehört ebenfalls die entsprechende Ausstattung der Ämter für Soziale Dienste sowie der Vormundschaftsstellen. Es ist nicht verantwortbar, dass ein Vormund bis zu 100 Mündel in und außerhalb Hamburgs hat, für deren Entwicklung er verantwortlich ist.

Mittels eines Sozialraumbudget werden die regional verantwortlichen Personen aus den verschiedenen Bereichen der Jugendpolitik (Jugendamt, Jugendhilfeausschuss, Amt für soziale Dienste, Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie deren Hilfen zur Erziehung u. a.) für einen bedarfsgerechten und sinnvollen Ansatz in der Jugendpolitik sorgen. Hierdurch wird ebenfalls die Verschwendung von Mitteln für nicht frequentierte Angebote ausgeschlossen.

Bei Kindern und Jugendlichen gesundheitlich vorsorgen

Mit der Vorbeugung und Information über den Erhalt der Gesundheit wird am wirksamsten im Kindesalter begonnen, dabei stehen gesunde Ernährung und Sport im Mittelpunkt. Dem steht entgegen, dass der Senat in den letzten Jahren den Schulsportunterricht eingeschränkt hat.

In Kindergärten und Schule wollen wir mit Suchtprävention, Stressbewältigung und konkreten Gesundheitsangeboten Anreize und Kenntnisse in der Gesundheitsförderung

schaffen. Durch uns wird die dritte Stunde Sportunterricht wieder ab der ersten Klasse eingeführt. Ergänzen werden wir den Sportunterricht durch weitere Bewegungszeiten. Auch in den Berufsschulen werden wir den Sportunterricht wieder als reguläres Fach einführen, damit die jugendlichen Auszubildenden frühzeitig aktiv daran mitwirken, berufsbedingte Krankheiten zu vermeiden. Da sich nicht alle Familien in gleichem Maße um die Gesundheit ihrer Kinder kümmern, werden wir dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit der Schulärzte und -zahnärzte mit den Kinder- und Jugendärzten verbessert wird, damit bei den Kindern und Jugendlichen eine ganzheitliche Gesundheitsvorsorge stattfindet.

Unterstützung für den Sport

Sport ist für die Gesundheit des einzelnen von wesentlicher Bedeutung und leistet durch die Arbeit der Sportvereine einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl. Die meist ehrenamtliche Arbeit der Sportvereine wird jedoch durch bürokratische Auflagen, mangelnde Anerkennung und Unsicherheiten über die finanzielle Förderung nur unzureichend unterstützt.

Wir werden die staatliche Ergänzungsfinanzierung für den Sport verbindlich festschreiben und somit langfristig absichern. Die staatlichen Sportstätten werden wir den gemeinnützigen Sportvereinen kostenfrei zur Verfügung stellen. Den vielfach schlechten Pflegezustand der Hamburger Sportplätze werden wir beseitigen. Durch Einrichtung von Lehrer-Trainer-Stellen für Leistungskurse Sport an den Schulen werden wir für eine bessere Förderung sportlicher Leistungsträger sorgen. Die Erhaltung kommunaler Schwimmbäder in Hamburg zu vertretbaren Kosten werden wir sicherstellen. Auf Bundesebene werden wir die Initiative ergreifen, um die steuerfreie Übungsleiterpauschale zu erhöhen und die Aufwandsentschädigungsregelung für Ehrenamtliche neu zu gestalten.

Solidarität und Gerechtigkeit

Ein humanes Gemeinwesen zeichnet sich dadurch aus, dass Menschen sich füreinander einsetzen. Durch freiwillige Übernahme von Verantwortung helfen die Starken den Schwachen immer dann, wenn diese nicht selbst in der Lage sind, das Leben alleine zu bewältigen. Dabei ist Hilfe immer nur Unterstützung, nie Bevormundung oder Abnahme der Verantwortung für sich selbst. Mitmenschlichkeit geht von jedem Einzelnen aus. Der Staat hat die Aufgabe, für das menschliche Miteinander gerechte Rahmenbedingungen zu schaffen. In Hamburg

verzettelt sich der Staat jedoch zunehmend in Einzelmaßnahmen oder hängt an politisch lieb gewonnenen Projekten. Hilfsbedürftige und Helfende bleiben dabei auf der Strecke oder geraten in immer stärkere Abhängigkeit. Ein Umsteuern ist dringend notwendig, damit sich die vorhandenen Kräfte in der Gesellschaft entfalten können und die Hilfe endlich wieder vorrangig den tatsächlich Bedürftigen zukommt.

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit stärken

Ohne Freiwilligenarbeit verarmt eine Gesellschaft.

Wir wollen Menschen in ihrem Engagement für ihre Mitbürger unterstützen und Anreize für entsprechende Aktivitäten schaffen.

Dafür werden wir bereits in der Schule Kinder und Jugendliche mit den Möglichkeiten ehrenamtlicher Tätigkeiten vertraut machen und die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, dass auf Wunsch der Erziehungsberechtigten und der Schülerinnen und Schüler die ehrenamtliche Tätigkeit im Jahreszeugnis gewürdigt wird. Zudem werden wir darauf hinwirken, dass ehrenamtliche Tätigkeiten als Praktikum im Rahmen der Berufsausbildung Anerkennung finden und bei der Vergabe von Studienplätzen in die Vergabekriterien einfließen. Das Hamburgische Bildungsurlaubsgesetz wird von uns so geändert, dass Tätigkeiten im Katastrophenschutz und in Wohlfahrtsverbänden endlich berücksichtigt werden. Wir werden bei entsprechend umfangreichen und nachgewiesenen ehrenamtlichen Tätigkeiten Vergünstigungen (z. B. HVV, Schwimmbäder, Bücherhallen) ermöglichen.

Gerechtigkeit für alle Stadtteile

Bislang werden zahlreiche Stadtteile vom Senat vernachlässigt. Fehlgesteuerte Belegungspolitik und Sanierungsmängel führen dazu, dass immer mehr Menschen ihren Stadtteil oder sogar die Stadt verlassen. Die betroffenen Stadtteile verkümmern dadurch immer weiter.

Wir wollen Gerechtigkeit und Solidarität in der Stadtteolförderung. Daher werden wir die Fehlbelegungsabgabe sofort in ganz Hamburg abschaffen und in den Stadtteilen, in denen Bewohner in der Lage sind, sich selbst zu organisieren und Fördervereine zu gründen, Eigeninitiative fördern. Wir werden staatliche Einrichtungen ohne wesentlichen Publikumsverkehr in benachteiligte Stadtteile wie Wilhelmsburg oder die Veddel verlegen, um diese aufzuwerten. Der Standort der Hamburger Umweltbehörde und des Landesamtes für Informationstechnik in Rothenburgsort zeigt, dass dies möglich ist. Hinzu

kommt die gezielte nachbarschaftsverträgliche Ansiedlung von Gewerbebetrieben in Wohngebieten. Durch eine bessere Belegungspolitik werden wir bestehende Problemquartiere stabilisieren und soziale Spannungen abbauen. Die Integration von Zuwanderern werden wir nachhaltig verbessern, indem wir ihren Anteil in den Stadtteilen über die Wohnungsvergabe auf 30 % beschränken.

Gerechtigkeit für Hamburgs Mieter

Viele Mieter der städtischen Wohnungsbaugesellschaften SAGA und GWG klagen über versprochene aber nicht durchgeführte Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Durchfeuchtungsschäden in Lurup und Osdorf, die Gefahr einstürzender Balkone in Bahrenfeld, verwahrloste Dachgärten und einstürzende Decken in den Grindelhochhäusern - aber die SAGA reagiert gar nicht oder höchstens, wenn öffentlicher Druck entsteht.

Auf der anderen Seite gibt die Stadt immer noch viel Geld aus, damit alternative Wohnprojekte wie die Hafensstraße oder die Ludwigstraße 8 (Laue-Häuser) gefördert werden. Damit werden ehemals militante Hausbesetzer gegenüber Normalmietern bevorzugt.

Wir beenden diese Ungerechtigkeit. Wir sorgen für zügige Sanierungen bei einem gerechten Geldeinsatz. Wir werden dem Druck von Autonomen nicht weichen und schon gar nicht durch überdurchschnittliche Förderung auf Kosten der Allgemeinheit.

Bücherhallen – eine kulturelle Grundversorgung

Die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen sind der größte Kulturanbieter der Stadt. Sie leisten besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen äußerst wertvolle Arbeit und sind gleichzeitig Treffpunkt von Kindern, Jugendlichen, Senioren und Ausländern. Zu den typischen Kunden gehören in erster Linie Kinder und Bürger, deren finanzielle Situation die Anschaffung von Büchern nicht zulässt, oder die nicht das Geld haben, in der Ferienzeit zu verreisen. Seit 1995 wurden 90 Stellen (20 % des Personalbestandes) abgebaut. 13 Bücherhallen wurden bisher geschlossen. Im letzten Jahr fanden wochenweise Schließungen, in 22 Bücherhallen sogar während der Schulferienzeit, statt. Andere Bücherhallen mussten Einschränkungen im Bereich der täglichen Öffnungszeit hinnehmen.

Wir werden für den Erhalt dieser zentralen Bildungs- und Kultureinrichtungen sorgen und hierbei verstärkt Ehrenamtliche einbinden.

Lebensqualität für behinderte Menschen steigern

In Hamburg leben zurzeit ca. 250.000 behinderte Menschen, davon sind über 160.000 schwer behindert. Für viele von Ihnen ist es kaum möglich, einen Arbeitsplatz zu finden. Ein weiteres Problem sind die Einschränkungen bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Nur ca. 30 % aller U- und S-Bahn-Haltestellen sind behindertengerecht ausgestattet. Hinsichtlich der Beschäftigung behinderter Mitbürger weist Hamburg im öffentlichen Dienst die schlechteste Quote im westlichen Bundesgebiet aus.

Wir wollen die Selbständigkeit und Selbstbestimmung unserer behinderten Mitbürgerinnen und -bürger fördern. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass ebenso wie in Berlin alle Haltestellen behindertengerecht ausgestattet werden.

Mit uns werden die Hamburger Behörden wieder Vorbildfunktion übernehmen, so dass verstärkt schwer behinderte Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Durch Zusammenarbeit mit professionellen privaten Trägern werden wir dafür sorgen, dass behinderte Menschen gezielt und langfristig in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Zudem werden wir für sehbehinderte Menschen Formulare und Informationsmaterialien in großformatiger Schrift und bei Wahlen Schablonen in Blindenschrift bereitstellen.

Hilfe für obdachlose Menschen

Die Zahl der in Hamburg lebenden von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen wird gegenwärtig auf 4.800 geschätzt, davon leben ca. 1.000 auf der Straße. Staatliche und private Einrichtungen arbeiten bei der Versorgung derzeit nicht ausreichend Hand in Hand.

Wir wollen, dass Hilfen gezielter und individueller gegeben werden. Angemessene Beratung und Betreuung werden wir durch Bereitstellung kleiner, über das gesamte Stadtgebiet verteilter Unterkünfte gewährleisten, die speziell auf die Bedürfnisse der steigenden Anzahl obdachloser Frauen und Jugendlicher ausgerichtet sind.

Wir werden eine Dienstleistungsagentur einrichten, die Obdachlosen einfache Tätigkeiten vermittelt, damit diese wieder in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft eingegliedert werden können.

Zuwanderung nur mit Integration

Die Begegnung mit Ausländern ist persönlich, wirtschaftlich und kulturell eine Bereicherung. Gleichwohl können in größerer Zahl zugewanderte Menschen anderer Sprache und Kultur auch als Problem empfunden werden, z. B. wenn Einheimische in ihrer gewohnten Umgebung zur Minderheit werden.

Wir wollen, dass längerfristig hier lebende Zuwanderer – Ausländer und Aussiedler – integriert werden. Unberechtigter Aufenthalt von Ausländern soll verkürzt bzw. verhindert werden. Das gilt insbesondere für abgelehnte Asylbewerber. Deren Ausreise ist für die Akzeptanz der Asylberechtigten in der deutschen Bevölkerung und für die innere Sicherheit erforderlich.

Voraussetzung für Integration sind ausreichende Deutschkenntnisse. Für Eltern und Kinder werden wir daher in Kindertagesstätten, Vorschulen und an Volkshochschulen das Sprachtraining ausbauen und verbindlich festschreiben. Den Anteil von Zuwanderern in den Stadtteilen werden wir im Sinne der Integration begrenzen, um Ghettobildungen zu verhindern. Das Asylbewerberleistungsgesetz werden wir konsequent anwenden und Geldleistungen weitgehend durch Naturalleistungen ersetzen, um materielle Anreize zum Verbleiben zu reduzieren. Kriminelle Ausländer werden wir zwecks Strafverfolgung und -verbüßung in ihre Heimat zurückschicken.

Mehr Rechte für Unionsbürger

Europaweit sollen alle Unionsbürger an den Wahlen auf europäischer und kommunaler Ebene an ihrem ersten Wohnsitz teilnehmen können. In Hamburg haben Unionsbürger aus anderen Ländern derzeit nur das Wahlrecht zu den Bezirksversammlungen, die jedoch nur über geringe Mitwirkungsrechte verfügen.

Wir werden für eine Stärkung des kommunalen Wahlrechts für Unionsbürger durch Ausbau der kommunalen Rechte und Verantwortlichkeiten der Bezirke, insbesondere der Bezirksversammlungen sorgen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die volle Gleichstellung und Gleichbehandlung der Unionsbürger aus den anderen 14 EU-Staaten mit den deutschen Unionsbürgern in Hamburg ein.

Mit Senioren für Senioren

In unserer Gesellschaft wird immer noch das Bild vom Alter sehr einseitig geprägt. Alt sein wird mit Pflegebedürftigkeit gleichgestellt. 80 % der älteren Menschen sind jedoch weit über das 70. Lebensjahr hinaus zu einer weitgehenden selbständigen Lebensführung in der Lage. Schon immer haben sich junge Menschen vorrangig mit ihren eigenen Angelegenheiten befasst. Diese Einstellung verschiebt sich im Laufe ihres Lebens

34

allmählich, wenn sie Verantwortung für eigene Kinder oder auch oft für Ältere übernehmen müssen. Darum hört die Diskussion zwischen den Generationen niemals auf. Großeltern haben oft besseren Austausch mit den Enkeln als mit den eigenen Kindern. Rasch wächst die Zahl derjenigen Senioren, die aktiv an der Entwicklung und Nutzung der modernen Medien wie Computer und Internet teilnehmen. Im unmittelbaren Lebensumfeld ist ein Rückzug vieler Senioren zu beobachten, da der zunehmende Verkehr insbesondere Menschen mit Einschränkungen des Hör- und Sehvermögens oder in der Beweglichkeit verunsichert.

Wir wollen ein aktives Altern im Zentrum der Gesellschaft ermöglichen, junge und ältere Menschen zusammenbringen, den Dialog fördern und eine umfassende Teilhabe am Leben ermöglichen. Eine ehrenamtliche Tätigkeit ist für viele Senioren eine Selbstverständlichkeit. Sport- und Freizeiteinrichtungen z. B. würden ohne diese Hilfe viele Aktivitäten nicht mehr anbieten können. Dieses Engagement der Älteren ist ein bedeutendes gesellschaftliches Potential, das wir unterstützen und fördern werden. Damit stärken wir ihre Bereitschaft, ihre gesellschaftliche Stellung und ihre Anerkennung. Daher werden wir den Aufbau von Partnerschaften zwischen Jugend- und Senioreneinrichtungen in allen Stadtteilen fördern. Altentagesstätten und - so weit ein Bedarf vorhanden ist - auch Alten- und Pflegeheime werden wir ans Netz bringen, um dadurch ältere Menschen auch an die neuen Medien wie das Internet heranzuführen und sie in die moderne Kommunikation mit einzubeziehen. Mobilität und Sicherheit für ältere Menschen werden wir dadurch erhöhen, dass wir in der Nähe aller Altenpflegeheime und -tagesstätten für seniorengerechte Transportmittel mit optischer und akustischer Türwarnschließung sorgen und alle Ampelanlagen mit Akustikgebern ausstatten.

Hilfe für pflegende Angehörige und Ausbau der Dementenbetreuung

Die Anzahl und das Durchschnittsalter älterer Menschen steigt kontinuierlich. Entsprechend steigt auch die Anzahl pflegebedürftiger Hamburgerinnen und Hamburger. Rund die Hälfte aller Pflegebedürftigen zieht es vor, zuhause von Angehörigen, Nachbarn und Freunden betreut und gepflegt zu werden.

Wir werden pflegende Angehörige unterstützen, indem wir Ihnen die kostenlose Teilnahme an qualifizierenden Pflegekursen ermöglichen.

Die Betreuungsmöglichkeiten demenzkranker Menschen im häuslichen Bereich werden wir verbessern und für eine Erhöhung der Zahl stationärer Plätze sorgen.

Bessere Verzahnung in der Patientenversorgung

Häufig fühlen sich Patienten zu Recht durch Doppeluntersuchungen bei medizinischen Behandlungen, die zudem Mehrkosten verursachen, unnötig belastet. Ältere und allein stehende Menschen fühlen sich insbesondere durch die frühzeitigen Entlassungen aus den Krankenhäusern überfordert und allein gelassen.

Wir werden dafür sorgen, dass durch den Aufbau von regionalen Verbänden und Ärztenetzen die Zusammenarbeit zwischen Haus-, Fach- und Krankenhausärzten verbessert wird, so dass die Befunde zwischen den behandelnden Ärzten schneller ausgetauscht werden. Medizinische Großgeräte, Diagnose- und Therapieeinrichtungen lassen wir von den Haus- und Fachärzten wie auch von den Krankenhäusern gemeinsam nutzen. Die Möglichkeiten, dass behandelnde Ärzte in Krankenhäusern Belegbetten bekommen, werden wir ausbauen, um die Kontinuität in der Patientenbetreuung zu verbessern. Das ambulante Operieren werden wir vermehrt fördern. Ferner werden wir dafür Sorge tragen, dass die ambulanten Pflegedienste stärker in die Versorgungsnetze z. B. durch Pflegekonferenzen einbezogen werden, um die Kontinuität von ärztlicher und pflegerischer Betreuung zu sichern. Das Angebot im Bereich der Akutbehandlung und Rehabilitation werden wir bedarfsgerecht ausbauen.

Der selbstbestimmende Patient im Mittelpunkt

Viele Patienten beklagen sich über mangelnde Information und Transparenz der Behandlungsmöglichkeiten und Einrichtungen des Gesundheitswesens. Das führt dazu, dass sich kranke Menschen häufig unmündig fühlen.

Wir werden die Entwicklung von zeitgemäßen Standards der Diagnose und Behandlung fördern und die Angebote in der gesundheitlichen Versorgung für alle Patienten transparenter machen, ohne eine Einheitsmedizin einzuführen. Die Selbsthilfegruppen als Partner in der medizinischen und pflegerischen Versorgung werden wir aufwerten und dafür sorgen, dass auch in den Bezirken Harburg und Bergedorf diesen Gruppen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Durch Initiativen im Bundesrat werden wir der Budgetierung und Rationierung im Gesundheitswesen entgegen wirken, die Patientenverantwortlichkeit stärken und Anreize für größere Wahlmöglichkeiten schaffen.

Verbraucher wirksam schützen

Der Umgang mit BSE und der Maul- und Klauenseuche seitens der Gesundheitsbehörde in diesem Jahr zeigt, dass der Verbraucherschutz in Hamburg unzureichend ist. Unklare

Verantwortlichkeiten und mangelnde Kontrollen führten zu erheblicher Verunsicherung in der Bevölkerung.

Wir werden dafür sorgen, dass der Verbraucherschutz gebündelt und organisatorisch so angeordnet wird, dass die Menschen endlich wirksam geschützt werden und das Vertrauen in gesunde Lebensmittel zurückgewinnen. Die Entscheidungsmöglichkeit der Verbraucher werden wir durch eine verlässliche und verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln stärken. Dadurch werden auch die Hersteller noch stärker auf deren Qualität achten. Die korrekte Kennzeichnung von Lebensmitteln und Einhaltung von Hygienestandards werden wir regelmäßig kontrollieren lassen und die Möglichkeiten für öffentliche Warnungen bei Verstößen dagegen verbessern. Die unabhängige Verbraucherberatung werden wir verstärkt fördern.

Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser sicherstellen

Jahrelang wurden in Hamburg die freigemeinnützigen Krankenhäuser benachteiligt. Die staatlichen Fördermittel wurden einseitig und ungerecht verteilt.

Wir werden dafür sorgen, dass die staatlichen Krankenhausmittel nach gerechten Kriterien vergeben werden. Für das Diakonieklinikum in Eimsbüttel werden wir Investitionsmittel in vergleichbarer Höhe wie für das Klinikum Barmbek zur Verfügung stellen. In Hamburgs Süden werden wir alles tun, um die Krankenhausvielfalt zu erhalten. Insbesondere darf das Krankenhaus Mariahilf nicht durch falsche Planungsentscheidungen in Frage gestellt werden. Auch die Belegkliniken, in denen niedergelassene Ärzte ihre Patienten selbst operieren können, müssen eine reale Chance bekommen, da sie eine wichtige Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung darstellen. Gemeinsam mit den Krankenhausträgern werden wir Lösungsvorschläge erarbeiten, um die nicht mehr länger verantwortbaren Arbeitsbelastungen von Ärzten in den Krankenhäusern abzubauen.

Humane Sterbebegleitung fördern

Noch immer sterben sehr viele Menschen in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen obwohl die meisten Menschen lieber zuhause sterben möchten. Auf Initiative verschiedener Einrichtungen wurden in Hamburg drei stationäre Hospize eingerichtet, ein Kinderhospiz befindet sich im Aufbau. Auch die Palliativstationen in den Krankenhäusern dürfen nicht durch Personalabbau gefährdet werden. Um die Ärzte besser auf die besonderen Anforderungen der Sterbebegleitung und Palliativmedizin vorzubereiten, setzen wir uns für die Einrichtung eines Lehrstuhls für Palliativmedizin am

Universitätskrankenhaus Eppendorf ein. All diese Einrichtungen finden unsere Unterstützung. Nunmehr gilt es jedoch, auch bei der Sterbebegleitung dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ Geltung zu verschaffen.

Wir setzen uns dafür ein, das Sterben als Bestandteil des Lebens anzuerkennen und wollen einen würdevollen Tod ermöglichen. Daher werden wir für eine gleichberechtigte Vernetzung und Zusammenarbeit der verschiedenen Initiativen sorgen, die auf ehrenamtlicher Basis Sterbende ambulant begleiten und deren Arbeit fördern.

Drogenpolitik aus einem Guss

Die Hamburger Drogenpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass die Justiz-, Innen-, Schul-, Stadtentwicklungs- und Gesundheitsbehörde ihre jeweils eigene Drogenpolitik durchführen. Eine Abstimmung der Behörden untereinander und mit den Trägern der Drogenhilfe findet seit Jahren nicht statt. Städte wie Frankfurt mit der so genannten Montagsrunde zeigen, wie man Drogenpolitik aus einer Hand macht.

Wir werden alle Verantwortlichen aus den verschiedenen Behörden und der Drogenhilfe regelmäßig zu behördenübergreifenden Abstimmungen zusammenführen. Dort werden wir die Maßnahmen der Drogenpolitik absprechen und dafür sorgen, dass sie gemeinsam durchgesetzt werden.

Gegen eine Legalisierung von Drogen

Seit Jahren ist Hamburg die Hochburg für illegale Drogen in Deutschland. Die Anzahl der Süchtigen nach illegalen Drogen steigt. Hilflos reagiert der Senat auf neue illegale Drogen wie z. B. Ecstasy oder Crack. Aus ideologischen Gründen wird eine Änderung in der Drogenpolitik verhindert.

Wir wollen, dass auch gefährdete Menschen ein Leben ohne Drogenabhängigkeit führen können. Daher werden wir den Drogenkonsum so weit wie möglich zurückdrängen. Wir werden repressive und helfende Maßnahmen ergreifen, um den Drogenhandel zu erschweren und den Süchtigen beim Ausstieg aus der Sucht zu helfen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Legalisierung illegaler Drogen ab, weil diese die Drogenverfügbarkeit und den –konsum nicht senken würde.

Auflösung der offenen Drogenszene

Die Lebensumstände der Menschen ganzer Stadtteile werden durch eine aggressive offene Drogenszene verändert. In St. Georg und dem Schanzenviertel werden die Anwohner mit dem Elend der Abhängigen und den Begleiterscheinungen der offenen

Drogenszene allein gelassen. Die betroffenen Viertel haben mit steigender Gewaltbereitschaft der Dealer zu kämpfen, die Beschaffungskriminalität nimmt zu, einzelne Straßenzüge verwaarloosen. Die vereinzelt Polizeieinsätze in diesen Gebieten führen nur kurzzeitig zu einem Vertreiben der Szene.

Wir werden die offenen Drogenszenen auflösen. Dadurch werden wir den Zugang zu illegalen Drogen erschweren, die Anziehungskraft dieser Szene für gefährdete Menschen brechen und die Verslumung der Stadtteile beenden. Zur Durchsetzung dieser Maßnahmen werden wir die rechtlichen Grundlagen für eine wirksame Bekämpfung der Drogenkriminalität verbessern. Das Öffnen des Mundes und der Einsatz von Brechmitteln bei Verdächtigen zum Auffinden von verschlucktem Rauschgift werden wir zulassen. Wir werden ein Aufenthaltsverbot für Dealer als Standardmaßnahme einführen. Mit diesem Verbot erhält die Polizei die Möglichkeit, einer Person langfristig den Aufenthalt an einem bestimmten Ort zu versagen und nicht wie bisher nur für wenige Tage. Des Weiteren werden wir den langfristigen Unterbindungsgewahrsam, einen Freiheitsentzug von festgehaltenen Personen bis zu 14 Tagen durch die Polizei, ermöglichen.

Den Süchtigen helfen

Die Anzahl der Süchtigen illegaler Drogen in Hamburg steigt, die Abhängigen werden immer jünger.

Wir setzen gegenüber jugendlichen Drogeneinsteigern auf frühzeitige und massive Interventionsmaßnahmen. Wir werden dafür sorgen, dass dem einzelnen auffällig gewordenen Jugendlichen durch Auflagen, Besuche von Drogeneinrichtungen, Kontakte zu Süchtigen und gegebenenfalls durch Polizei und Justiz deutlich gemacht wird, welche Konsequenzen für ihn mit dem Missbrauch von Drogen verbunden sein werden. Dadurch werden wir frühzeitig auf ein Umdenken hinwirken, anstatt zu warten, bis die Jugendlichen aus der Bahn geworfen werden. Süchtigen werden wir durch konkrete Ausstiegshilfen die Perspektive eines Lebens ohne Drogen eröffnen. Die vorhandenen Therapie- und Hilfeinrichtungen werden wir dazu einer wissenschaftlich begleitenden Ergebniskontrolle unterziehen und gezielt weiter entwickeln. Wir werden den Einsatz von Akupunktur zur Bekämpfung der Sucht in Modellprojekten auf breiter Basis erproben lassen. Den Schwarzmarkthandel mit dem oft tödlichen Missbrauch von Methadon werden wir unterbinden, indem wir nur noch Eintagesdosen zulassen.

Keine Tolerierung von Drogen im Strafvollzug

Fast jeder dritte Hamburger Strafgefangene ist entweder drogen- oder alkoholabhängig. Die Möglichkeiten der Rauschgiftbeschaffung sind auch innerhalb der Gefängnismauern vielfältig. Mit dem Drogenkonsum hinter den Gefängnismauern sind zwangsweise Drogenhandel, Erpressung und Gewalt unter den Gefangenen verbunden. Für uns steht in der Drogenpolitik an erster Stelle der Weg aus der Sucht. Deshalb werden wir durch stärkere Kontrollen in Vollzugsanstalten die Verbreitung von Drogen eindämmen und darauf hinwirken, dass süchtige Straftäter drogenfrei werden. Hierbei wird auch die Substitution auf Methadonbasis ebenso wie die Suchtberatung weiter ausgebaut.

Wege aus Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe

Hamburg wendet jährlich fast 700 Mio. DM für laufende Hilfen zum Lebensunterhalt auf. Ein Drittel aller Sozialhilfebezieher sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Um die Lebenssituation dieser Kinder zu verbessern und den Kreislauf des Sozialhilfebezugs zu durchbrechen, wollen wir verstärkt Sozialhilfe beziehende Elternteile in Arbeit bringen. Bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit werden wir Sozialhilfeempfängern mit Kindern einen Kindergeldzuschlag als kinderbezogene Eingliederungshilfe gewähren. Zudem werden wir jedem Hilfeempfänger die Möglichkeit geben, gemeinnützige Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen, um das Selbstwertgefühl zu stärken und die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen. Auch die Empfänger der Sozial- und Arbeitslosenhilfe sind für ihr Wohlergehen selbst verantwortlich. Die Inanspruchnahme von Leistungen der Allgemeinheit verpflichtet sie, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu Gegenleistungen z. B. durch Einbringen ihrer Arbeitskraft im Maße der empfangenen Unterstützung.

Mittels Zahlung von Kombilöhnen, bei denen niedrige Löhne durch öffentliche Mittel aufgestockt werden, werden wir Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfängern den Einstieg in ein geregeltes Arbeitsleben erleichtern. Dieses Modell wirkt auch der Schwarzarbeit entgegen.

Effektive Arbeitsmarktpolitik

In Hamburg sind über 70.000 Menschen arbeitslos. 80 % der Arbeitslosen sind schwer vermittelbar. Ein Drittel aller Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose. Anfang des Jahres waren noch immer über 7.000 Menschen unter 25 Jahren als arbeitslos gemeldet. Dabei investiert Hamburg jährlich ca. 230 Mio. DM in Beschäftigungsprogramme. Der reale

Erfolg der einzelnen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, der Einstieg in die reguläre Erwerbstätigkeit, wird vom Senat jedoch nicht überprüft.

Wir werden dafür sorgen, dass alle Projekte regelmäßig hinsichtlich ihrer Effektivität überprüft, ggf. modifiziert oder aus der Förderung herausgenommen werden.

Wir setzen verstärkt auf professionelle Träger wie Zeitarbeitsfirmen und private Arbeitsvermittler und weniger auf die großen staatlichen Beschäftigungsgesellschaften, um zügig und bedarfsgerecht eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erreichen.

Jugendliche ohne Schulabschluss bzw. mit Hauptschulabschluss werden wir verstärkt durch die Zahlung von Lohnkostenzuschüssen an Betriebe in Arbeit bringen.

Auch hier setzen wir auf gezielte Einzelförderung und Betreuung, um die hohen Abbrecherquoten bei den bisherigen Programmen zu senken.

Zukunftsorientierte Finanzpolitik

Ohne ausreichende Finanzmittel ist der Politik die Möglichkeit zum Gestalten verwehrt. SPD-geführte Senate haben es über Jahrzehnte versäumt, eine Finanzpolitik mit Perspektive zu betreiben. Trotz stark gestiegener Steuereinnahmen gelang es dem Senat nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ausgaben in Höhe von 18 Milliarden DM stehen nur Einnahmen von 16 Milliarden DM gegenüber. Die Rekordverschuldung steigt in diesem Jahr auf 34,6 Milliarden DM. Für Zinsen müssen jedes Jahr zwei Milliarden DM aufgewendet werden, für Investitionen verbleiben nur 1,85 Milliarden DM. Personaleinsparungen werden zu Lasten der Bürger fast ausschließlich bei unteren Besoldungs- und Vergütungsgruppen, nicht aber in Leitungsebenen vorgenommen. Hamburg leistet sich 400 Unternehmensbeteiligungen, deren Verluste den Haushalt erheblich belasten. Die Folgen dieser verfehlten Finanzpolitik für die Stadt sind deutliche politische Defizite in Kernbereichen des öffentlichen Lebens. Es besteht akuter Handlungsdruck in den Bereichen Innere Sicherheit, Justiz, Bildung und Verkehrsinfrastruktur.

Wir wollen, dass aus dem städtischen Haushalt die Verbesserung bzw. Wiederherstellung von Sicherheit und Schutz vor Kriminalität, mehr Qualität und Leistung in der Bildung und die Zukunftssicherung des Standortes Hamburg durch eine deutlich verbesserte Verkehrs- und Wirtschaftsinfrastruktur wieder bezahlt werden können. Hierzu werden wir den defizitären Haushalt sanieren, die Rekord-Staatsverschuldung stoppen, Privatinitiative fördern und durch aktive Vermögenspolitik, die das große Potential an bisher schlecht genutzten staatlichen

Vermögenswerten Gewinn bringend umschichtet, Zukunftsinvestitionen finanzieren.

Die 10-Milliarden-DM-Initiative für Investitionen und Schuldentilgung

Durch marktgerechte Veräußerung eines Teils der 400 Unternehmensbeteiligungen und der zahlreichen Liegenschaften (Gebäude, Grundstücke) der Stadt werden wir in den nächsten fünf Jahren ca. zehn Milliarden DM Erlöse erzielen. Diese werden wir zur nachhaltigen Haushaltssanierung einsetzen. Bei den vollständigen oder teilweisen Veräußerungen, z.B. von Hamburger Hafen- und Lagerhaus Gesellschaft, Flughafen Hamburg und Hamburgischer Landesbank, werden wir den Wettbewerb marktgerecht nutzen. Sofern städtischer Einfluss erforderlich ist, werden wir Sperrminoritäten halten bzw. entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit den Übernehmern schließen. Durch eine sukzessive und marktgerechte Veräußerung werden wir in den nächsten fünf Jahren ohne jede Neuverschuldung auskommen. Dadurch stoppen wir die Schuldenspirale, senken deutlich die Zinsbelastung und schichten den Haushalt so um, dass durch kreditfreie Zukunftsinvestitionen bzw. Reduzierung von Altschulden neuer Handlungsspielraum entsteht, den wir für ein Sonderinvestitionsprogramm und die Reduzierung der Staatsverschuldung nutzen werden. Darüber hinaus stehen aufgrund der Zinseinsparungen jährlich Mittel in dreistelliger Millionenhöhe für zusätzliche Betriebsausgaben in den für die Stadt wichtigsten Bereichen zur Verfügung.

Neue Handlungsmöglichkeiten durch unsere Investitions- und Schuldeninitiative

Wir werden mit unserer 10-Milliarden-DM-Initiative neue Gestaltungsmöglichkeiten für die Hamburger Politik schaffen: Dies sind zunächst Sonderinvestitionsprogramme in den für die Stadt wichtigsten Bereichen sowie eine Reduzierung der Staatsverschuldung. Die dadurch erzielten Zinseinsparungen (keine Neuverschuldung, Rückführung von Altschulden), ermöglichen auch zusätzliche Personalausgaben.

Im Bereich der inneren Sicherheit werden wir durch Schaffung von neuen Stellen für den Polizeivollzugsdienst, die Einrichtung von neuen Polizeirevieren und Polizeidienststellen, eine deutliche Verbesserung der Ausstattung der Polizei mit zusätzlichen Einsatzfahrzeugen und eine Personalaufstockung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften für eine spürbare Verbesserung sorgen.

Durch unsere Finanzpolitik wird es möglich, deutlich mehr Geld für die Bildung zur Verfügung zu stellen. Wir werden neue Lehrerstellen zur Versorgung der zusätzlichen Schüler und zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls schaffen. Schulgebäude und

42

Sporthallen werden wir von Grund auf instandsetzen. Die Mittel für die noch fehlenden Gebäude des vierten Bauabschnitts der technischen Universität Hamburg-Harburg werden wir bereitstellen und wir werden auf standortschädigende Sparmaßnahmen bei den Hochschulen vollständig verzichten. Mit unserem Investitionsprogramm werden wir die Verkehrsinfrastruktur deutlich verbessern und den Wirtschaftsstandort Hamburg stärken. Wir werden die Hafenuerspange (Autobahn 252) als notwendige Verbindung von A 1 und A 7 vorfinanzieren und damit den Ost-West-Verkehr aus der Hamburger Innenstadt heraushalten. Die überlasteten Knotenpunkte am Ring 2 werden wir optimieren und den Ring 3 vervollständigen. Die Sengelmannstraße werden wir bis zum Jahning vierspurig ausbauen und für die Grundinstandsetzung von Straßen und die Schaffung zusätzlicher P + R-Plätze werden wir rund 400 Millionen DM bereitstellen.

Schluss mit der Verschwendung

Jahr für Jahr rügt der Landesrechnungshof die Verschwendung von Haushaltsmitteln in Millionenhöhe. Der Vorwurf fehlender Steuerung des Mitteleinsatzes, unzureichender Erfolgskontrollen und mangelnder Wirtschaftlichkeit zieht sich wie ein roter Faden durch jeden Rechnungshofbericht. Hamburg braucht endlich ein „Verschwendungsverbot“ in allen Bereichen der Verwaltung. Bedienstete, die Fehlplanung und sinnlose Ausgaben zu verantworten haben, werden wir zukünftig zur Verantwortung ziehen.

Wir werden nicht mehr dort sparen, wo der geringste politische Widerstand vermutet wird, sondern stattdessen sinnvoll Einsparungen vornehmen, wo langjährig verfestigte Strukturen effizientes Arbeiten erschweren oder unmöglich machen. Dabei werden auch Bereiche, in denen durch SPD-Parteibücher Beziehungen aufgebaut wurden oder gute persönliche Kontakte in den bisherigen Senat und Verwaltung bestehen nicht ausgespart. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei der Besetzung von Führungspositionen bei den einzelnen Behörden nicht das SPD-Partei- oder Gewerkschaftsbuch, sondern Sach- und Fachkompetenz ausschlaggebend wird.

Keine weiteren unnötigen Gutachten

Die Vergabe und Verwendung von Gutachten durch die hamburgische Verwaltung weist gravierende Mängel auf: die Höhe der Gesamtaufwendungen für Gutachten ist nicht mehr bezifferbar. Es gibt keine einheitlichen Richtlinien für deren Vergabe, öffentliche Ausschreibungen von Gutachtaufträgen finden nur in Ausnahmefällen statt – der Regelfall ist die freihändige Vergabe.

Wir werden einheitliche und verbindliche Richtlinien für die Vergabe und Verwendung von Gutachten festlegen. Gutachten werden wir nur noch dann in Auftrag geben, wenn sie für die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit von Bedeutung und als Grundlage für Behörden- und Senatsentscheidungen vorgesehen sind. Um allen Behörden Zugriff auf die Ergebnisse von Gutachten zu ermöglichen und schon dadurch die Neuvergabe zu reduzieren, werden wir eine zentrale Gutachtendatei einrichten.

Mehr Transparenz bei der Vergabe von Zuwendungen

Der Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass es wegen der personellen Verfilzungen zu mangelhafter Kontrolle von Zuwendungsempfängern durch die Behörde, Gesetzesverstößen und Verschwendung von Steuergeldern gekommen ist. Die letzte umfassende Darstellung Hamburger Zahlungen an Zuwendungsempfänger stammt aus dem Jahre 1971. Seit vielen Jahren ist weder erkennbar, wofür die jährlich über 1,3 Milliarden DM ausgezahlten Gelder verwendet sollen noch ob sie tatsächlich für die vorgesehenen Zwecke ausgegeben wurden. Nahezu durchgängig werden Zuwendungsempfänger doppelt oder mehrfach gefördert. Es gibt keine Transparenz der tatsächlichen Zuwendungshöhen.

Wir werden öffentliche Ausschreibungen im gesamten Zuwendungsbereich und einen regelmäßigen Zuwendungsbericht einführen. Durch diesen Bericht, der Aufschluss über alle Zuwendungsempfänger und den jeweiligen öffentlichen Zweck der finanzierten Maßnahme gibt, werden wir nachhaltige Transparenz schaffen.

Bürger und Wirtschaft entlasten

Die Bürger Hamburgs werden in erheblichem Umfang durch die Ökosteuer belastet. Für mittelständische Unternehmen hat darüber hinaus die Steuerreform der Bundesregierung durch eine steuerliche Ungleichbehandlung von Kapital- und Personengesellschaften zu mehr Belastungen, weniger Steuergerechtigkeit, mehr Komplikation und somit einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen geführt. Zudem wird Hamburgs Wirtschaft durch den höchsten Gewerbesteuerhebesatz im Vergleich aller Bundesländer benachteiligt.

Wir werden uns im Bundesrat für eine Abschaffung der Ökosteuer einsetzen. Diese Maßnahme entlastet Bürger und Wirtschaft gleichermaßen. Ferner werden wir den Gewerbesteuerhebesatz um 20 Punkte auf das Niveau von 1995 zurückführen, um Hamburgs Position im Wettbewerb der bundesdeutschen Metropolen wieder zu stärken.

Reform der bundesstaatlichen Ordnung

Seit Schaffung des Grundgesetzes hat sich die Gesetzgebungskompetenz immer stärker auf den Bund verlagert. Die Länderregierungen haben dafür stärkere Mitentscheidungsbefugnisse in der Bundesgesetzgebung durchgesetzt, so dass zwei Drittel aller Bundesgesetze heute der Zustimmungspflicht des Bundesrates unterliegen. Ergebnis dieser Entwicklung sind

- unklare Verantwortlichkeiten
- oft parteipolitisch bedingte Blockaden zum Schaden des Landes und
- Austrocknung der Gesetzgebungsarbeit der Länderparlamente.

Gleichzeitig trat an die Stelle der vom Grundgesetz vorgesehenen klaren Verteilung des Steueraufkommens auf Bund und Länder ein Geflecht von Gemeinschaftssteuern, so dass drei Viertel des Steueraufkommens heute Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam zustehen und diese etwaige Veränderungen jeweils neu aushandeln müssen. Hinzu kommen Mischfinanzierungen von Bund und Ländern, so dass oft fragwürdige Investitionen nur deshalb vorgenommen werden, weil für sie Bundeszuschüsse bereit stehen.

Wir setzen uns für eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung mit dem Ziel ein:

1. Die Gesetzgebungszuständigkeit der Bundesländer muss gestärkt und gleichzeitig die Zustimmungsbedürftigkeit von Bundesgesetzen durch den Bundesrat erheblich zurückgeführt werden.
2. Die Mischfinanzierungen von Bund und Ländern sind zu beenden und die dafür bisher eingesetzten Mittel den Ländern zur Verfügung zu stellen.
3. Das Zerlegungsgesetz ist so zu ändern, dass die Lohnsteuer von Berufspendlern je zur Hälfte an das Wohnsitz- und das Betriebsstättenland fließt.
4. Die Bundesländer sollen die Gesetzgebungszuständigkeit für die Steuern erhalten, die ihnen alleine zufließen. Bei den Gemeinschaftssteuern sollte eine klare Zuweisung und Verantwortung angestrebt werden.

Der Bürger muss wieder erkennen können, wer gut und wer verschwenderisch mit dem Steuergeld umgeht und gegebenenfalls für eine Veränderung von Steuersätzen verantwortlich ist.

Effizienter und motivierter öffentlicher Dienst

Vom öffentlichen Dienst wird eine effiziente Leistungserbringung im Interesse der Bürger und gleichzeitig Sparsamkeit bei den Personalausgaben erwartet. Dies ist aber nur mit motivierten Mitarbeitern zu leisten. Die individuellen und sozialen Belange der

45

Beschäftigten müssen bei allen Veränderungen berücksichtigt werden. Nur so ist eine breite Akzeptanz für Veränderungen und das Bewusstsein dafür, die Bedürfnisse der Bürger in den Mittelpunkt des eigenen Handelns zu stellen, zu erreichen.

Wir wollen Mitarbeiter motivieren. Daher werden wir das von der CDU auf Bundesebene geschaffene Dienstrechtsreformgesetz nutzen und herausragende Leistungen durch Leistungsprämien und –zulagen zeitlich befristet honorieren. Bei dauerhaft herausragenden Leistungen werden wir eine frühere Beförderung in die nächsthöhere Leistungsstufe fördern. In Dienststellen, in denen Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung im besonderen Maße der Gefahr verbaler Anwürfe, Unmutsäußerungen, Bedrohung bis hin zu massiver körperlicher Auseinandersetzung ausgesetzt sind, werden wir durch bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit sowie durch Alarm- und Notrufsysteme für Schutz vor gewalttätigen Übergriffen sorgen.

Wir werden durch aktive Personalentwicklung, gezielte Weiterbildungsangebote und Unterstützung veränderungsbereiter Mitarbeiter für eine höhere Mobilität im öffentlichen Dienst sorgen.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Von 95 Geschäftsführer- und Vorstandspositionen der 54 größten öffentlichen Unternehmen Hamburgs sind lediglich vier mit Frauen besetzt. Der Anteil beträgt somit unter 5 %. Auch im Bereich der Universität entspricht der Anteil der Frauen längst nicht dem wissenschaftlichen Potential.

Wir werden durch gezielte Personalentwicklung, wie Förderung und Begleitung von Frauen durch erfahrene Führungskräfte, dafür sorgen, dass der Anteil in Führungspositionen im öffentlichen Dienst und bei den öffentlichen Unternehmen erhöht wird. An den Hochschulen werden wir den Anteil von Teilzeitprofessuren erhöhen sowie flexible Arbeitszeitmodelle einführen. Durch Mittelverteilung, die verstärkt am Kriterium der Frauenförderung ausgerichtet ist, werden wir den Anteil von Frauen in Forschung und Lehre steigern.

Hamburgs Stimme in Brüssel hörbar machen

Gerade im Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung der EU muss Hamburg seinen Einfluss in Brüssel durch Kontaktpflege und Präsentation seiner Interessen vor Ort verbessern.

46

Wir werden in Brüssel für stärkere Präsenz sorgen und die Interessen der Hamburger wirksamer vertreten. Im Ausschuss der Regionen werden wir das Gewicht Hamburgs gegenüber der Europäischen Union deutlich erhöhen.

Gleichzeitig werden wir uns für eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der europäischen, nationalen und regionalen Ebene spätestens bis zur Aufnahme neuer Staaten in die EU einsetzen, um eine effektive und transparente Demokratie zu gewährleisten.

Durch eine erheblich verstärkte und zeitlich begrenzte Abordnung von Mitarbeitern der hamburgischen Verwaltung in das Hanse-Office sowie zur Europäischen Kommission werden wir die Qualifikation der Mitarbeiter in europäischen Fragen verbessern, den Informationsfluss verstärken und Kontakte zu wichtigen Entscheidungsträgern ausbauen.

Schluss mit Ämterpatronage – Machtmissbrauch – Parteibuchwirtschaft

44 Jahre SPD-Regierung in Hamburg haben zu einer Verfilzung der Behörden, öffentlicher Unternehmen und Vereine mit der SPD geführt. Der Hamburger Bürger ohne oder mit missliebigem Parteibuch wird trotz persönlicher und fachlicher Qualifikation beim Zugang zum öffentlichen Dienst benachteiligt und von der Beförderung auf höhere Stellen praktisch ausgeschlossen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hat bestätigt, dass es in einer der größten Hamburger Behörden, der Sozialbehörde, und bei den staatlichen Beschäftigungsträgern Filz in Form von Postenbeschaffung gegeben hat. Parteiliche Verpflichtungen haben zu Informations- und Entscheidungswegen jenseits der dafür vorgesehenen geführt.

Wir werden dafür sorgen, dass jeder ausschließlich nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung ein öffentliches Amt erhält. Das erreichen wir durch transparente Personalauswahlverfahren unter Zuhilfenahme objektiver Entscheidungsträger und den vermehrten Einsatz des Rotationsprinzips auf Abteilungsleiter- und Amtsleiterebene.

Durch eine Neubesetzung der Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen werden wir Interessenkollisionen verhindern. Wir werden diese mit Sachverständigen außerhalb des öffentlichen Dienstes oder Vertretern aus fachfremden Ressorts und nicht länger mit Angehörigen der kontrollierenden Behörde besetzen. Die parteiliche Einflussnahme politischer Funktionsträger bei der Wahrnehmung behördlicher Aufgaben werden wir unterbinden.